

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

202 (2.9.1931)

# Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALDEMOKRATISCHES BADEN

Anzeigenpreise Die 10 geplatzte Millimeterweite heißt 12 Pfennig, 6 geplatzte Millimeterweite heißt 8 Pfennig, 4 geplatzte Millimeterweite heißt 6 Pfennig, 2 geplatzte Millimeterweite heißt 4 Pfennig. Bei Werbefolgung nach Tarif, bei der die Mindestzahlung des Verlagsjahres, bei gleichzeitiger Bezahlung und bei sonstiger Anfertigung ist die Geschäftsstelle in Karlsruhe L. D. o. Schloß der Tagelöhner-Siedlung 4 Uhr vom 1. Sept. 1931

Nummer 202 Karlsruhe, Mittwoch, den 2. September 1931 51. Jahrgang

## Klassenkampf nicht Bürgerkrieg

Gewerkschaften und Partei in fester Front - Kampf um den sozialen Schutz der Arbeiter - Scharfe Kritik an der Regierungspolitik

### Professor Lederer über die Wirtschaftskrise

**Frankfurt a. M., 1. Sept. (Eig. Drabt.)** Der Gewerkschaftsleiter am Dienstag die Debatte über den Gehaltsbericht fort.  
**Frau Zammer-Hannover (Textilarbeiterin)** nahm zur Opponenten-Bewegung Stellung. Diese Bewegung wird nur von den bürgerlichen Frauen getragen, die die harte Arbeit der Frau in der Fabrik kaum kennen. Wir sagen: Es besteht kein Widerspruch, wenn wir die Gleichberechtigung der Frau verlangen und dazu einen besseren Arbeiterinnenstatus, denn dieser Status ist bedingt infolge der besonderen Funktionen, die die Frau auch neben ihrer Arbeit im Leben zu erfüllen hat.  
**Brunmer-Weipitz:** Selten ist eine Tagung von so einmütigem Geist bezeugt worden, wie ihn unser Kongress aufweist. Die bereits am Montag an der Regierung geübte scharfe Kritik zeigt, wie wir stehen. Der Bundesvorstand hätte längst gegen die Mißachtung der Gewerkschaftsinteressen scharfen Protest erheben müssen.  
**Hiesler-Breslau (Metallarbeiter):** Wir wollen der Entscheidung des Bundesvorstandes zu seinem Bericht zustimmen. Wir aber deswegen die Regierung Brüning mit der Entsendung der Arbeiter einhalten? Wir glauben nicht daran. Und was soll geschehen, wenn trotz unserer Einschließung die Regierung ihren Kurs fortsetzt? Das ist die entscheidende Frage. Wir haben die Toleranzgrenze längst überschritten. Wir müssen uns ein Beispiel an den englischen Arbeiter nehmen. Die Burgfriedenspolitik führt zum Ruin der Arbeiter.  
**Steinfeld-Hamburg (Zimmerer)** schildert die trostlose Lage der Bauarbeiter und ihre grausame, unzureichende Behandlung in der Saisonarbeiterfrage des Arbeitslosenstatus. Bei den 77,8 Prozent Arbeitslosigkeit unter den Zimmerern noch von berufstätiger Arbeitslosigkeit zu sprechen, sei vollendeter Irrsinn.  
**Geert-Berlin (Metallarbeiter):** Mit der bisher gegenüber Brüning eingeschlagenen Methode kommen wir nicht zum Ziel. Wir können keine Regierung nicht unbedingt unterstützen. Wir müssen bestimmte Forderungen stellen, und wir bitten daher den Kongress, dem Antrag der Berliner Metallarbeiter zuzustimmen.  
**Auf die Angriffe Hieslers** gegen die Politik des Bundesvorstandes antwortet Eggert vom Bundesvorstand:  
In Deutschland ist das Kabinett Müller gestürzt worden, weil es dem reaktionären Kurs nicht nachgeben wollte. Wir haben in Deutschland unter viel schwierigeren Umständen zu kämpfen als in England. Es ist gefährlich, der Regierung förmlich die Stimmworte für neue Notverordnungen zu geben. Die letzte Notverordnung muß die letzte sein und bleiben.  
**Frau Kladehoff-Berlin:** Wir sind der Ansicht, daß die Arbeiterinnen, soweit es sich um Kriegerverwundete handelt, nicht schlechter behandelt werden dürfen als die penitentiären Offiziere. Es ist betrüblich für uns, feststellen zu müssen, daß es um den Arbeiterinnenstatus so trostlos bestellt ist. Wir sind die Hauptleidtragenden bei der Gewerkschaftsinteressenfrage.  
**Wagner-Solingen** spricht über die Lage der Heimarbeiter in Solingen. Ströme von Tränen, Berge von Leid, kennzeichnen den Weg, den unsere Arbeiter gehen müssen. Ein Schiefer werde nicht mehr älter als 35 Jahre im Durchschnitt.  
**Simon Kraus-Stuttgart** kritisiert in bester Form den Bundesvorstand: Der Kapitalismus befindet sich in einer Abwärtsspirale, aus der er sich niemals erholen wird. Er wird sich nur auf Kosten der Arbeiterklasse noch ein wenig Zeit kaufen können. Unsere Entschlossenheit, Engagen, Vorkämpfer bis zum Reichspräsidenten bleiben unbedeutend. Die Notverordnung wird nicht revidiert. Wir werden noch etwas schlimmeres erleben. Steigerwald ist mehr geistes, als mutig. Wir sind mitverantwortlich für die Not und für den Faschismus, wenn wir eine Regierung weiter tolerieren, die europäischen Interessen brüskiert. Wir dürfen nicht bürgerliche Regierungen tolerieren. Wir dürfen das kapitalistische System nicht hüten, sondern führen. (Beifall.)  
**Simon Nürnberg** findet es unerträglich, daß Kraus die Gewerkschaften für die Notverordnung verantwortlich machen wolle. Der Versuch der Konstitution eines Gesamtganges zwischen den deutschen und englischen Gewerkschaften und der Arbeiterpartei ist befruchtbar. (Beifall.)  
**Witt. Eggert (Bundesvorstand):** Wir stimmen vollkommen mit der Opposition in der Meinung überein, daß keine größere Belastung folgen darf. Aber bei der Prüfung der Frage, mit welchen Mitteln eine Korrektur der bisherigen Notverordnungen zu erreichen sei, erweist sich immer wieder der Zwiespalt der Arbeiterklasse als das größte Unglück in dieser Stunde. Brüning hat selbst gesagt, daß die bisherigen Notverordnungen die schärfste Belastung darstellen, die dem deutschen Volke zugemutet werden können. Wie kann man dann von der Teilhabe des Gewerkschaftsinteresses mit beschleunigten weiteren Verschlimmerungen operieren. Auch der Reichstag, der zwischen der Lage Deutschlands und derjenigen Englands abzuwägen wurde, ist abgewandert. Wenn man aber schon die jetztigen Vorläufe in England heranziehen will, so muß man feststellen, daß das Kabinett Müller schon viel früher daselbst gestürzt hat. Wir sind mit der Regierung unvereinbar. Wir brauchen sie in keinem einzigen Falle in Schutz zu nehmen. Das Problem lautet aber: Was kommt nach der Regierung Brüning für eine politische Konstellation?  
**Oskar Kurrat-Dresden (Gesamterverband)** tritt für die Unterbrechung der Hausangelegenheiten unter die Unfallversicherung ein. Ebenfalls forderte er die Einbeziehung der Angehörigen der Heimarbeiter in die Unfallversicherung.  
Damit ist der Rest der Diskussionsredner erschöpft.

**Theodor Leipart**  
erhält das Schlusswort:  
Der Verlauf der Debatte ist ein klares und eindeutiges Vertrauensvotum für den Bundesvorstand gewesen, und der Bundesvorstand spricht seinen Dank aus. Aber ihr Kollegeninnen und Kollegen dürft nicht draußen die Stimmung aufkommen lassen, daß alle Hoffnungen ausschließlich und allein auf den Bundesvorstand zu setzen sind. Der Bund hat allerdings die Führung der gesamten Gewerkschaftsbewegung an sich genommen und nicht aus der Hand gelassen. Aber die Aufgaben der einzelnen Verbände als der unmittelbaren Organe sind damit bestehen geblieben.  
Auch der neu zu wählende Bundesvorstand wird sicher mit Ernst die auf diesem Kongress geäußerten Wünsche in allen Einzelheiten getreulich zu erfüllen trachten.  
Es ist demängelt worden, daß ich in meinem ausführlichen Bericht kein Wort von den Saisonarbeitern gesprochen habe und ihre Unterstützung nicht erwähnte. Ich will es nachholend, gerne sagen, daß es eine große Ungerechtigkeit ist, von berufstätiger Arbeitslosigkeit zu sprechen. Gerade im Baugewerbe war es nie der Fall, daß mitten im Sommer Arbeitslosigkeit herrschte. (Zuruf: Sehr richtig!) Der Bundesvorstand wird seine Bemühungen für Milderung und Beseitigung der Härten fortsetzen. Die Kollegen von den Heimarbeitern der Solinger Metallindustrie haben darauf verwiesen, daß der Bundesvorstand dauernd im Einvernehmen mit dem Metallarbeiterverband versucht hat, eine gerechte Regelung der Unterfertigung der Solinger Heimarbeiterarbeiterschaft zu erreichen, und es ist selbstverständlich, daß der neue Bundesvorstand im gleichen Sinne tätig sein wird.  
Und nun von meiner Seite ein Wort zu der Mitverantwortlichkeit der Gewerkschaften für die Politik der Sozialdemokratie. Wir lehnen diese Mitverantwortlichkeit nicht ab. Es ist ein Verdienst

der Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei zusammen, daß der Faschismus und der Kommunismus keines ihrer verbrecherischen Ziele erreicht haben, und wir werden weiter unsere ganze Kraft einsetzen, immer in treuer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, daß diese Ziele immer unerfüllt bleiben (Beifall).  
Warum wir nicht die „letzten Konsequenzen“ aus unseren guten und richtigen Entschlüssen ziehen: Weil wir fürcht vor der „sozialen Revolution“ hätten! Ich bin der Meinung, wir stehen in dieser sozialen Revolution seit Jahrzehnten mitten drin (Beifall). Wenn man allerdings den Bürgerkrieg darunter verstanden wissen will, so sage ich, sicher im Einverständnis mit dem ganzen Kongress: Wir haben keine Freude an diesem Kampf, dem Bürgerkrieg, aber wir wollen den Klassenkampf der Arbeiterklasse führen, nicht des Kampfes wegen, sondern weil es unsere Aufgabe ist, auf dem Wege der Führung des Klassenkampfes, des geordneten Klassenkampfes, die Lage der Arbeiterklasse zu heben. Und zu diesem Klassenkampf rufe ich die ganze deutsche Arbeiterklasse auf, rufe ich zur Hilfe, damit dieser Klassenkampf nicht nur aufgeführt, sondern auch erfolgreich zu Ende geführt wird (Stürmischer Beifall).  
Es folgt die Abstimmung. Dem Bundesvorstand wird Entlastung und Vertrauen gegen eine Stimme ausgesprochen. Das Vertrauensvotum wird mit Beifall aufgenommen. Damit ist der Bericht des Bundesvorstandes erledigt.  
Die Einleitung zum dritten Punkt der Tagesordnung gibt

**Professor Lederer-Heidelberg**  
durch seinen Vortrag über die Umwälzungen in der Wirtschaft und die 40-Stundenwoche. Er führt im wesentlichen aus:  
Die jetzige Krise läßt sich mit den früheren kaum vergleichen. Es besteht ein ungeheurer Unterschied in der Größe und in der Art, weil eben die Krise über das Größenverhältnis aller frühe-

## Krach im Nazilager

Minister a. D. Franzen ausgetreten

**Braunschweig, 2. Sept. (Funkdienst.)** Der kürzlich von seinem Amt zurückgetretene braunschweigische Naziminister Franzen ist aus der Nationalsozialistischen Partei ausgetreten. Franzen begründet den Schritt damit, daß der braunschweigische Landtagsabgeordnete Groh, der bisherige Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, von seinen Parteifreunden gemahnt worden ist, weil er im Gegensatz zu dem nationalsozialistischen Gauleiter Ruff gegen die weitere aktive Beteiligung der NSDAP an der braunschweigischen Regierung ist. Mit Franzen ist auch der braunschweigische Landtagsabgeordnete Groh aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschieden.  
Weber die Vorgänge, die zum Ausscheiden von Franzen und Groh geführt haben, wird uns weiter aus Braunschweig gemeldet: Bei den braunschweigischen Parteifreunden geht alles drunter und drüber. Der Gauleiter Ruff aus Hannover hat am Montag

abend die Führer der bürgerlichen Parteien in Braunschweig aufgesucht, um ihnen zu erklären, daß die Nationalsozialisten wieder einen Minister stellen wollen. Die Begründung, die er in einer öffentlichen Versammlung gab, ist außerordentlich komisch. Er erklärte, der sozialdemokratische Volksfreund habe vor wenigen Tagen festgestellt, daß durch die letzte Notverordnung den Länderregierungen eine ungeheure Machtfülle gegeben werde. Infolgedessen sei ein nationalsozialistischer Minister nicht mehr, wie Herr Franzen sagt, nur „Vollziehungsbeamter der Brüning-Diktatur“.  
Der Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, Groh, ist mit der Ernennung eines neuen Naziministers nicht einverstanden und hatte dies den bürgerlichen Zeitungen mitgeteilt. Darauf wurde Groh von dem Gauleiter Ruff einfach abgesetzt und ein anderer Abgeordneter mit der Führung der Fraktion beauftragt.

tag abend die Führer der bürgerlichen Parteien in Braunschweig aufgesucht, um ihnen zu erklären, daß die Nationalsozialisten wieder einen Minister stellen wollen. Die Begründung, die er in einer öffentlichen Versammlung gab, ist außerordentlich komisch. Er erklärte, der sozialdemokratische Volksfreund habe vor wenigen Tagen festgestellt, daß durch die letzte Notverordnung den Länderregierungen eine ungeheure Machtfülle gegeben werde. Infolgedessen sei ein nationalsozialistischer Minister nicht mehr, wie Herr Franzen sagt, nur „Vollziehungsbeamter der Brüning-Diktatur“.  
Der Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, Groh, ist mit der Ernennung eines neuen Naziministers nicht einverstanden und hatte dies den bürgerlichen Zeitungen mitgeteilt. Darauf wurde Groh von dem Gauleiter Ruff einfach abgesetzt und ein anderer Abgeordneter mit der Führung der Fraktion beauftragt.

## Reichsbankdiskont weiter gesenkt

Herabsetzung auf 8 Prozent

**W.B. Berlin, 1. Sept.** Die Reichsbank hat mit Wirkung ab Mittwoch, den 2. September, den Diskontsatz von 10 Prozent auf 8 Prozent und den Lombardsatz von 12 Prozent auf 10 Prozent herabgesetzt.  
In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank begründete der Vorsitzende, Reichsbankpräsident Dr. Luther, die beschlossene Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 10 auf 8 Prozent und des Lombardsatzes von 12 auf 10 Prozent wie folgt:  
Die reibungslose Durchführung des Anfang August d. J. wieder ausgenommenen vollen Zahlungsverkehrs hatte es der Reichsbank ermöglicht, ihren Diskontsatz vom 12. August d. J. ab von 15 auf 10 Prozent und den Lombardsatz in zwei Etappen von 20 auf 12 Prozent zu ermäßigen. Eine weitere Senkung des Diskontsatzes war schon damals in Aussicht genommen für den Fall einer befriedigenden Weiterentwicklung der allgemeinen Lage.  
Zwischen ist eine gewisse Klärung eingetreten, wobei auf die in Basel geschlossenen Verhandlungen über die weitere Befassung der in Deutschland noch vorhandenen Anleiheausgaben, deren günstiger Abfluß freilich noch aussteht, hingewiesen sei. Der Status

der Reichsbank hat sich im Laufe des Monats August in fortgeschrittener Entlastung entwickelt.  
Angeht diese Gestaltung der Lage anlaßt das Reichsbankdirektorium, die für die Wirtschaft nach wie vor außerordentlich drückenden Zinsenlasten durch eine Senkung des Diskonts auf 8 Prozent und des Lombardsatzes auf 10 Prozent erleichtern zu sollen. Ob und wann weitergehende Erwartungen zu verwirklichen sein werden, bleibt von der günstigen Entwicklung des Kredit- und Devisenmarktes abhängig.  
Der Reichsbankpräsident gab ferner der Versammlung davon Kenntnis, daß die unter dem Zwange der Verhältnisse im Juni angeordneten und im Juli weiter verstärkten restriktiven Maßnahmen seit der bei der Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs eingetretenen Beruhigung aufgehoben werden könnten, und daß die Reichsbank bestrebt ist, ihre wieder hergestellte Kreditbereitschaft weiten Wirtschaftskreisen zugute kommen zu lassen. Vor einigen Tagen ist zur Bestätigung dieser seit längerer Zeit verfolgten Tendenz ein besonderer Anruf an alle Reichsbankstellen ergangen, in dem darauf hingewiesen wird, daß jetzt jeder gute Handelswechsel, der als reichsbankfähig anzuerkennen ist, bei der Reichsbank soll Unterkunft finden können.

der Reichsbank hat sich im Laufe des Monats August in fortgeschrittener Entlastung entwickelt.  
Angeht diese Gestaltung der Lage anlaßt das Reichsbankdirektorium, die für die Wirtschaft nach wie vor außerordentlich drückenden Zinsenlasten durch eine Senkung des Diskonts auf 8 Prozent und des Lombardsatzes auf 10 Prozent erleichtern zu sollen. Ob und wann weitergehende Erwartungen zu verwirklichen sein werden, bleibt von der günstigen Entwicklung des Kredit- und Devisenmarktes abhängig.  
Der Reichsbankpräsident gab ferner der Versammlung davon Kenntnis, daß die unter dem Zwange der Verhältnisse im Juni angeordneten und im Juli weiter verstärkten restriktiven Maßnahmen seit der bei der Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs eingetretenen Beruhigung aufgehoben werden könnten, und daß die Reichsbank bestrebt ist, ihre wieder hergestellte Kreditbereitschaft weiten Wirtschaftskreisen zugute kommen zu lassen. Vor einigen Tagen ist zur Bestätigung dieser seit längerer Zeit verfolgten Tendenz ein besonderer Anruf an alle Reichsbankstellen ergangen, in dem darauf hingewiesen wird, daß jetzt jeder gute Handelswechsel, der als reichsbankfähig anzuerkennen ist, bei der Reichsbank soll Unterkunft finden können.

zen Krisen hinausgewachsen ist. Es ist etwas anderes, ob man 5 Prozent oder 25 Prozent Arbeitslosigkeit zählt, und es ist etwas anderes, ob in der Produktion eine Verlangsamung des Wachstums festzustellen ist oder eine Rückbildung des Produktionsvolumens. Es kommt auch darauf an, welche Völker von der Krise betroffen werden. Früher hatten die ineinandergehenden Wirtschaftskörper der einzelnen Staaten der Weltwirtschaft gewisse Ausgleichstendenzen. Das ist heute kaum mehr der Fall. Die Krise hat ja fast die ganze Welt an allen entscheidenden Punkten ergriffen. Früher wurden die Krisen gewissermaßen als Schicksal hingenommen, heute nicht, denn wir wissen, daß die Krise durch ungeheure Fehler und Irrtümer hervorgerufen wurde, weil der Kapitalismus die technische und wirtschaftliche Entwicklung nicht meistern konnte.

In allen Epochen der Produktion sind technische Fortschritte und Veränderungen erreicht worden, die sich im Rahmen der Weltwirtschaft auswirken müssen. Wir stehen heute einer neuen technischen Welt gegenüber. Auch in der Rohstoffbasis sind Veränderungen fürbar. Technischer Fortschritt, beschleunigte Rationalisierung haben in der Wirtschaft empfindliche Störungen hervorgerufen. In einer kapitalistischen Wirtschaft fehlt eben ein planvolles Vorgehen. Die erste Wirkung des neuen technischen Fortschrittes war eine ungeheure Investitionskonjunktur, eine riesige Ausbeutung der Produktion. Diese Konjunktur war begleitet von einer Steigerung der Preise und einer Aufwärtsbewegung der Kurse an der Börse. Das alles trieb zu einer Inflation der Werte. Man überwertete und trieb die Kurse an der Börse hemmungslos in die Höhe. Die Wirtschaftsweise, deren Papiere an der Börse günstige Kurse erzielten, erzielten leicht Kredite. Die Konstellation des Bankwesens hat die Kreditbeschaffung für bestimmte Industrien erleichtert. Einige Industrien erhielten große Anlagenkredite, andere nicht. Es gibt heute in Deutschland eine ganze Reihe von Betrieben, die arbeiten möchten und auch arbeiten könnten, soweit der Markt in Betracht kommt, aber sie haben keine Mittel. Die Mittel sind in die Rentenzinsen hineingesteckt worden und zwar auch dort, wo die Kredite nicht sachgemäß verwendet werden konnten. Wichtige Exportindustrien konnten sich dagegen auf Kreditbasis nicht erweitern. Die Bedeutung der kleineren Industrien wurde nicht genügend erkannt und gewürdigt. Welleisheit erst von den Gewerkschaften.

Das Kapital strömte vielfach nicht in die Kanäle, in denen es nötig war. Erhöht wurden die Verhältnisse ferner durch den Altersaufbau der Bevölkerung. Die 2 bis 3 Millionen erwerbsfähigen Menschen, die wir heute in der Wirtschaft mehr haben, spielen in der Frage der Krise eine keineswegs unessentielle Rolle. Der Bedeutung der Subventionen — und dazu gehören die Zölle — wurde nicht genügend und nicht rechtzeitig genug die nötige Beachtung geschenkt. Die Überforderung unserer Nahrungsmittelindustrie ist eine schwere Belastung für die Exportindustrie.

In der Öffentlichkeit begegnet man vielfach dem Glauben, daß die Krise in erster Linie oder fast nur auf politischem Wege zu meistern sei. Richtig ist, daß heute eine sehr scharfe Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft besteht. Vor dem Kriege war die Wirtschaft politisch noch vielfach blind. Früher rechnete man nicht mit der Gefährdung der ökonomischen Zusammenhänge durch politische Ereignisse. Die Soldaten Napoleons trugen englisches Tuch. Heute ist die Wirtschaft sehr heftig gegenüber politischen Stimmungen und gerade die Ereignisse in der jüngsten Zeit haben das deutlich genug gezeigt. Man braucht da nur an die Hitlerwahlen zu erinnern. Die politische Nervosität unserer Tage ist zweifellos eine starke Ursache der Verschärfung der Wirtschaftskrise. Eine Vereinigung der politischen Probleme tut selbstverständlich not. Das Ausland weiß es schon lange, daß Deutschland die Reparationen leisten kann. Daher das Mißtrauen gegen den deutschen Wirtschaftskörper, daher die kurzfristigen Kredite, daher die Schwierigkeiten auch in Österreich und in England. Jeder Kapitalist möchte am liebsten in der Nähe der Tür stehen, damit er sofort abrücken kann, wenn die Situation brenzlich wird. Da alle so schnell wie möglich durch die Tür kommen wollen, gibt es eine Panik. Eine Zurückforderung aller Kredite ist wirtschaftlich unmöglich. Ein Abbau des jetzigen Kreditwesens würde uns natürlich eine Art Autarkie aufzwingen. Aber diese Autarkie wäre ein Leben in Armut und Not. Wir können nicht leben, wie in den Liebern die Sitten in den Bergen. Für eine große industrielle Nation bedeutet Autarkie nichts anderes als Verzerrung der internationalen Wirtschaftsverhältnisse bedeutet unbedingt eine Katastrophe. Umgekehrt geht der Weg. Der Schritt vom Handwerker zur Maschine war der Schritt von der Stadtwirtschaft zum Wirtschaftsgebiet eines Landes und schließlich zum Zollgebiet eines Reiches. Diese Entwicklung bleibt nicht stillstehen. Wenn bald eine einzige Traktorenfabrik fast die ganze Bauernschaft Deutschlands mit Traktoren ausrüsten kann, dann bedeutet das zwangsläufig eine Erweiterung des Staatswirtschaftsgebietes. Der internationale Austausch muß wachsen. Die produktiven Möglichkeiten müssen aus den Sägen der Rechtsformen, um an ein Wort von Karl Marx zu erinnern, befreit werden. Statt über den nationalen staatlichen Rahmen hinaus zu wachsen, stoßen wir aber auf politisch immer härtere Hemmnisse.

Aufgabe der Politiker ist es, alle diese Zusammenhänge aufzudecken, die zwischen Politik und Wirtschaft bestehen. Aber trotzdem ist ein wirtschaftlicher Prozeß notwendig, wenn wir aus der Krise herauskommen wollen.

Wie ist dieser Prozeß einzuleiten, und auf welchen Feldern der Produktion? Es gibt Leute, die sagen, es gäbe so viel Arbeitslose, als der Gouverneur der Bank für England für gut halte. Die Arbeitslosigkeit steigt und fällt, je nachdem der Diktator in die Höhe geht oder auf den Nullpunkt herunterfällt. Ganz so einfach ist die Sache aber nicht. Gewiß können die Zentralbanken durch Herabsetzung des Diskonts etwas zur Entlastung der Produktion tun. Aber die Frage bleibt offen, ob diese Entlastung in der richtigen Richtung geht, oder ob es sich nur um eine vorübergehende Belebung handelt. Die Frage ist: wie soll das richtig angewendet werden? Sie spielt eine entscheidende Rolle. Welches sind die richtigen Felder der Produktion? Diese Frage ist mit der Besetzung der politischen Ämter noch nicht gelöst. Die Arbeitsbeschaffung zur Stärkung der Reichsbahn gegenüber der Konkurrenz des Autobusses ist kein Mittel zur Lösung der Krise. Oder was soll die Finanzierung von Agrarstaaten, wo heute die Welt mit Agrarprodukten überflutet ist? Die Idee der Notstandsarbeiten, auch die im jetzigen Maßstab, ist keine Antwort auf die Frage: Wie investieren? Die Produktionskapazität muß ausgefüllt werden. Erweiterung der Betriebskredite für ausichtsreiche Unternehmungen, d. h. für solche, die ihren Markt erweitern könnten, wären am Platze. Das wäre eine erste Aktion. Wir kommen also um eine Kontrolle der Verteilung der Kredite nicht herum. Man muß schon tiefer eingreifen. Wir brauchen eine planmäßige Lenkung des Kapitalstromes.

In diesem Zusammenhang nun ein Wort zur 40-Stundenwoche. Der Ablauf der Krise ist bestimmt nur ein langsamer Prozeß. Manche Leute meinen, den Nagel mit irgend einem Gewaltakt in Bewegung zu bringen. Das kann man. Die Frage ist nur, soll er dergestalt über den Berg gehen. Bergab läuft er bestimmt sehr schnell. Wir wären zufrieden, wenn wir die Arbeitslosenzahl wenigstens auf ein gewisses Niveau herunterbringen könnten. Deshalb wird von den Gewerkschaften die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Wie stehen wir zur Frage, ob nach einer Ueberwindung der Krise,

d. h. nach Ausfüllung der Produktionskapazität, eine völlige Aufsaugung der Arbeitslosen eintreten wird. Prognosen ist schwer. Ich halte es für unwahrscheinlich, daß selbst bei einer kräftigen Besserung der Lage sämtliche Arbeitslose von der Wirtschaft aufgesaugt werden. Der Grund dafür liegt im Tempo des technischen Fortschritts. Wenn arbeitslosende Methoden eingeführt werden, so ist bestimmt noch keine Garantie gegeben, daß die Kapitalbildung rasch genug vor sich geht. Kapitalbildung durch Lohnsenkung ist aber bestimmt kein Weg zur Lösung der Krise. Der technische Fortschritt geht rascher vor sich als die Kapitalbildung, und deshalb ist damit zu rechnen, daß ein großer Teil der Arbeitslosen noch lange freigesetzt bleibt, weil für sie kein Produktionsrahmen ansetzen ist. Man kann Rohstoffe auf den Markt werfen, nicht aber neue Fertigkeiten. Das Wachstum der Fertigungsindustrie kann nur in einem bestimmten Tempo vor sich gehen.

Mit der Kürzung der Arbeitszeit wird die Verbesserung der Freizeit von neuem ein sehr wichtiges Problem. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die neuentstandene Freizeit zu einer neuen Möglichkeit für den Aufstieg der Arbeiterklasse zu machen. Ein langes Wochenende und sieben Stunden Arbeitszeit müssen die Voraussetzungen dafür schaffen. Das Ziel der Entwicklung muß sein eine Verbesserung härterer, persönlicher Kräfte vom Druck der Erwerbsarbeit.

### Gewerkschaften und Reichsregierung

Der Konreß der freien Gewerkschaften nahm am Dienstag zur Politik der Reichsregierung folgende Entschlüsse:

„Die Politik der Reichsregierung verrät in steigendem Maße die Tendenz, durch Abbau der Sozialgesetzgebung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine Entlastung der öffentlichen Haushalte und verstärkte Kapitalbildung in der Privatwirtschaft zu erzielen. Gegen diese einseitige Heranziehung der Arbeiter zu schwersten und vielfach die natde Existenz gefährdenden Opfern muß der Konreß um so mehr Einspruch erheben, als er der letzten Ueberzeugung ist, daß auf diese Weise die gegenwärtige Krise niemals überwunden werden kann. Abbau der sozialen Leistungen und Abbau der Löhne führen unweigerlich zur Verelendung der breiten Volksschichten, die als Arbeitskräfte wie als Konsumenten für die Wirtschaft unentbehrlich sind und als Volksgenossen entscheidende Stützen staatlicher Ordnung, friedlichen Zusammenlebens und kultureller Entwicklung sind.“

Nicht minder scharf muß verurteilt werden das sich allenthalben deutlich zeigende Vordringen der Regierung, den Einfluß der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung und der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen. Der Konreß weist entschieden den Versuch zurück, die Krise zur Entrechtung der Arbeiter auszunutzen.

Die Gewerkschaften treten heute stets für Aufrechterhaltung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, insbesondere der Sozialversicherung ein. In der Beschaffung gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität erblicken sie auch heute noch einen entscheidenden Bestandteil des Arbeitsverhältnisses. Die Art und ausreichende Sicherung dieser Einrichtungen ist nicht minder wichtig, als die Sicherung der öffentlichen Haushalte.

Wir verlangen des weiteren in einer Zeit, in der die Arbeiter unter den Fehlern unverantwortlicher Führer der privaten Wirtschaft am härtesten zu leiden haben, die Gewährleistung verstärkten Einflusses der Gewerkschaften in allen sozialen und wirtschaftlichen Körperlichkeiten. Wir fordern im Interesse sozialer Gerechtigkeit die Besetzung der unersättlichen Lücken und Rechtsbehelfen, deren sich insbesondere die Notverordnung vom 5. Juni 1931 schuldig gemacht hat.“

### Die Ablieferungsfrist der Devisen

WTB. weist darauf hin, daß die Ablieferungsfrist der Devisen auf Grund der Verordnung vom 29. August 1931 bis zum 5. September 1931 zu erfolgen hat. Hierzu ist jeder verpflichtet, der Devisen im Werte von mehr als 1000 Mark besitzt, und zwar:

1. ausländische Zahlungsmittel (z. B. ausländische Banknoten, Goldmünzen, Schecks usw.),
2. Forderungen in ausländischer Währung (z. B. sämtliche Bankguthaben in ausländischer Währung bei in- und ausländischen Banken, oder sonstige Forderungen in ausländischer Währung, die in den nächsten drei Monaten fällig werden);
3. ausländische Wertpapiere, sofern sie nach dem 12. Juli 1931 erworben sind, und schließlich
4. Gold (außer den vorerwähnten ausländischen Goldmünzen alle außer Kurs gesetzten Goldmünzen, Feingold und legiertes Gold — sowie Rohgold wie Halbfabrikate.

Die Anmeldung und Ablieferung der Devisen hat bei der Reichsbank und allen Devisenbanken zu erfolgen.

## Sven Hedin überfallen

### Die Expedition von Käufern geplündert

Berlin, 1. Sept. Aus Stockholm wird gemeldet, daß Dr. Bezel, ein Mitglied der Zentralasienexpedition Sven Hedins, ein Telegramm an Sven Hedin sandte, in dem er mitteilt, daß Käufer das Lager der Expedition überfallen und völlig ausgeplündert hätten. Selbst die wertvollen meteorologischen und astronomischen Meßinstrumente seien geraubt worden. Sven Hedin hat sich bereits an die chinesische Regierung um Hilfe gemeldet. Ancheinend handelt es sich bei der Räuberbande um entlassene Soldaten.

### Verjuchter Bilderdiebstahl in Dresden

Dresden, 1. Sept. Ein etwa 30 Jahre alter Mann verjuchte heute nachmittags, in der Staatlichen Gemäldegalerie im Dresdener Zwinger Gemälde zu stehlen. Er hatte ein Bild bereits unter dem Ritzel versteckt und eifernd sich eilig. Ein Wärter eilte dem Fliehenden nach, den er ertreiben konnte, und er konnte ihm zwar das Bild entreißen, ihn aber nicht festnehmen, da er sich mit einem Dolch wehrte. Der Täter sprang darauf in den Zwingerhof hinab. Er lief nach der Theaterstraße zu und in das Gebäude des staatlichen Schauspielhauses hinein, wo er durch Polizeibeamte nach heftiger Gegenwehr in einem Raum im dritten Stock festgenommen werden konnte. Die Kriminalpolizei ist zur Zeit mit der Ermittlung der Personalkosten des Diebes beschäftigt.

Dresden, 1. Sept. Wie wir zu dem Bilderdiebstahl in der Staatlichen Gemäldegalerie in Dresden noch erfahren, handelt es sich bei dem Dieb um einen 29 Jahre alten Schriftsteller Waldemar Grube aus Effen. Grube verwehrt vorläufig über seine Tat jede Auskunft, so daß noch nicht festgestellt werden konnte, ob er Helfershelfer gehabt hat. Das Bild, das er zu stehlen beabsichtigte, repräsentierte einen großen Wert.

### Reichstagsrat des Reichstags einberufen

Reichstagspräsident Loh hat den Reichstagsrat des Reichstags für Freitag nachmittags 4 Uhr zu einer Sitzung einberufen, in der über den kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstags entschieden werden soll.

### Einsparungen bei der Reichswehr

Berlin, 2. Sept. (Zweidienst). In unterrichteten Kreisen verläutet, daß der kürzliche Besuch des Reichstanzlers bei dem Chef der Heresleitung in Wildbad den Zweck hatte, Herrn von Hammerstein von der Notwendigkeit großer Einsparungen am Heresetat zu überzeugen. Der Unterredner wählte auch Generalmajor Schlichter bei, sowohl von Hammerstein als auch Schlichter sollen die Notwendigkeit größerer Einsparungen eingesehen haben. Man spricht davon, daß der Heresetat im Jahre 1932 im Vergleich zu dem von 1931 um 40 Prozent gesenkt werden soll.

Es ist ganz selbstverständlich und gebieterisch zwangsläufig geworden, daß auch die Reichswehr von den Sparmaßnahmen betroffen werden muß, die jetzt auf allen Gebieten und in oft rigorosere Schärfe einsetzt. Von sozialdemokratischen Fraktionsrednern zum Reichswehrretat ist seit Jahren immer und immer wieder mit aller Schärfe betont worden, daß der Reichswehrretat viel zu stark überzogen ist, und daß Abstriche von hundert und mehr Millionen an ihm durchgeführt werden können, ohne daß die Reichswehr in der Erfüllung ihrer Aufgaben irgendwie beeinträchtigt oder gar gefährdet wird. Dieser Forderung sozialdemokratischer Redner haben aber nicht nur die Führer der Reichswehr, sondern auch alle bürgerlichen Parteien stets Widerstand entgegengesetzt und nennenswerte Abstriche am Wehretat verhindert. Unter dem Druck derurchbaren Not werden nun Reichsregierung, Reichswehrleitung und die bürgerlichen Parteien doch endlich tun müssen, was zu tun schon seit Jahren ihre Pflicht gewesen wäre.

### Preuß. Landtagseinberufung abgelehnt

Berlin, 1. Sept. (Via Draht). Die preußischen Regierungsparteien haben am Dienstag im Reichstagsrat des Landtags dessen Einberufung abgelehnt.

Die Mehrheit des Reichstagsrats war der Auffassung als „eingebredt“ könne ein Antrag erst stellen, wenn ihn der Präsident dem versammelten Landtag vorgelegt habe. Daher laufe die 14tägige Frist erst vom Tage des Wiederzusammentritts also vom 13. Oktober an. Von den Regierungsparteien wurde erklärt, daß bei einer anderen Auslegung eine kleine Minderheit die Möglichkeit haben würde, den Landtag jede Woche zum Zusammentritt zu zwingen. Das könne nicht der Sinn der Verfassung sein.

Berlin, 1. Sept. Die deutschnationale Landtagsfraktion wird, nachdem der Reichstagsrat des preußischen Landtags eine Zwischentagung abgelehnt hat, den Staatsgerichtshof anrufen.

### Rückzug englischer Kapitalien aus dem Ausland

London, 1. Sept. Der Daily Herald schreibt, im Verlaufe der letzten Wochen hätten die großen Londoner Versicherungsgesellschaften heimlicherweise die im Ausland investierten Kapitalien im Betrage von 20 Millionen Pfund Sterling hinaus gemacht, um sie der Regierung zur Sicherung der Verteidigung der englischen Währung anzubieten. Diese großen Beträge hätten bei den mit den französischen und amerikanischen Bankiers eingeleiteten Verhandlungen zur Gewährung eines Kredits an die Bank von England eine große Rolle gespielt.

### Neuyork verlangt Schuldenproblemlösung

Neuyork, 1. Sept. (Via Draht). In dem Finanzbericht der National Citybank von Neuyork wird eine Klärung der internationalen Schuldenprobleme vor Ablauf des Hooverjahres gefordert. Die außerordentliche Unklarheit vertiefe die Wirtschaftskrise und müsse die Weltlage im nächsten Jahre ungleich empfindlicher gestalten.

### Amerikanische Staatsanleihe überzeichnet

Neuyork, 2. Sept. (Zweidienst). Die in Neuyork aufgelegte 300 Millionen-Dollar-Bundesanleihe ist vielfach überzeichnet worden. Die Anleihe ist fast ritzig. Auch die langfristige 500-Millionen-Dollar-Bundesanleihe wird stark überzeichnet. Sie dürfte ebenfalls überzeichnet werden.

### „Graf Zeppelin“ in Pernambuco gelandet

Hamburg, 1. Sept. Wie die Hamburg-Amerika-Flotte mitteilt, ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ am 2.10.11 Uhr MEZ in Recife (Pernambuco) glatt gelandet.

Neuyork, 1. Sept. Associated Press meldet aus Pernambuco: „Graf Zeppelin“ überflog die Stadt unter dem Pfeifengehul der Schiffe und Fabriken. Große Menschenmengen in den Straßen und auf den Brücken jubelten dem Luftschiff zu, das erleuchtet und niedrig fliegend südwärts nach dem acht Meilen entfernten Flugfeld weiterflog.

### v. Gronau in Chicago gelandet

Chicago, 1. Sept. Der deutsche Bliener v. Gronau ist um 6.10 Uhr abends (Sommerzeit) hier eingetroffen und auf dem Michigan-See gelandet.

### Das große Los

Teilgewinn nach Freiburg i. Br. Freiburg, 1. Sept. In der heutigen Nachmittagsziehung der Preussisch-Sächsischen Klassenlotterie wurde der Hauptgewinn in Höhe von 500 000 Mark gezogen, der auf die Nummer 251 050 entfiel. In der 1. Abziehung wird das Los in Berlin gespielt und zwar in Wierlein. Der Gewinn der 2. Abziehung fiel nach Freiburg; die Gewinner sind also Badener, von denen jeder 50 000 erhält, da die Gewinnnummer hier in Wierlein gespielt wurde.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Amerika Washington, 1. Sept. Owen Young wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses ernannt, der die Organisierung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besorgt.

Völkerbundsratsstagung

Genf, 1. Sept. Heute vormittag 11 Uhr begann die 64. Tagung des Völkerbundsrates. Der Ratspräsident begrüßte die Teilnehmer...

Genf, 1. Sept. Das Koordinationssomitee des Europa-Ausschusses hat seine Beratungen über das Präferenzsystem mit der Annahme einer von dem deutschen Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Hoffe...

Genf, 1. Sept. Das Gutachten des Saager Gerichtshofes in der Frage des deutsch-österreichischen Zollunionplanes wird, wie heute abend von unterrichteter Seite mitgeteilt wurde...

Wien, 1. Sept. Der Genfer Sonderberichterstatter des Neuen Wiener Tagblattes meldet, Schöber habe erklärt, daß eine klare latente Einteilung zwischen den Außenministern Deutschlands und Österreichs gefunden worden sei.

Die Städte und die Finanzprobleme

Der Gesamtverband der Reichsstädtebünde hat nach eingehender Beratung zu den Richtlinien des Reichsfinanzministers über Haushaltsausgleich Stellung genommen. Ueber das Ergebnis der Beratung wird vom Reichsstädtebund u. a. mitgeteilt: Die große Zahl der mittleren und kleinen Städte ist seit Jahren bemüht, alle Einparungsmöglichkeiten auszunutzen...

Die mittleren und kleinen Städte fordern daher Vektierung der Gemeinden von dem Anteil der Armenunterstützung, organisatorische Zusammenfassung von Armen- und Wohlfahrtsvereinsleistungen und finanzielle Beteiligung des Reiches an den Wohlfahrtsvereinsleistungen. Ebenso notwendig ist eine Konsolidierung der kurzfristigen Gemeindeforderungen...

Preußens Unterrichtsminister gegen Schulabbau

Die Führer der preussischen Lehrerschaft, die angesichts der Gerüchte über eine besondere Herabsetzung der Lehrerbüchler in Magdeburg zu einer Tagung zusammengesetreten waren, richteten an den preussischen Kultusminister Grimme folgendes Danktelegramm:

„Die aus allen Provinzen Preußens in Magdeburg versammelten Führer des Preussischen Lehrervereins anerkennen mit Hochachtung und Dankbarkeit ihre entschiedene Haltung in der Abwehr jeglicher Sonderbehandlung der Volksschullehrer. Sie hoffen, daß es Ihnen auch weiter gelingen wird, die Interessen der Volksschule mit Erfolg zu wahren.“

Wie verlautet, hat der preussische Kultusminister Grimme für den Fall, daß den preussischen Lehrern hinsichtlich der Gehaltsfrage eine schlechtere Behandlung zuteil werden sollte als den übrigen Beamten, seine Demission in Aussicht gestellt.

In der Verammlung der Lehrervereiner rief die Mitteilung stärksten Protest hervor, daß die neuen Abbaupläne, die im Rahmen der Notmaßnahmen der preussischen Staatsregierung auch in der Schule durchgeführt werden dürften, nicht nur im Schulministerium bearbeitet werden, sondern daß der Versuch gemacht wird, vom Finanzministerium aus die einzelnen Maßnahmen zu diffundieren. Die Lehrer verlangen deshalb, daß die Sachkunde des Unterrichtsministeriums allein die Entscheidungen über das Wo und Wie der Sparmaßnahmen zu treffen habe. Die Volksschule, so wurde in den Beratungen weiter betont, sei bereits durch die wiederholten Abbaumaßnahmen in ihrem Bestande und in ihrer Arbeit geschwächt. Notwendig sei ein positives Aufbau- und Arbeitsbeschaffungsprogramm, das die Bedeutung einer leistungsfähigen Schule als Grundlage für den notwendigen geistigen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes anerkenne und dem Niedergang der Volksschule Einhalt gebiete.

Braunhaus-Verfuch in Berlin

Ein Täuschungsmanöver

Die Stadt Berlin, d. h. die Nord-Südbahn A. G., hat vor einigen Tagen ein Haus in der Spandauer Straße an einen Privatmann vermietet, der sich nun plötzlich als Erbherrmann der Nationalsozialisten entpuppt hat. Vor einiger Zeit meldete sich ein Privatmann, mit dem die Gesellschaft nach kurzen Verhandlungen einen kurzfristigen Mietvertrag über ein vierstöckiges Gebäude abschloß.

Einige Zeit danach zeigte sich folgende Ueberraschung: Die Leute riefen an, Feldbetten wurden herbeigeholt, und die Nachbarschaft erfuhr, daß das Haus zu einem Heim für etwa 50 arbeitslose SA-Männer eingerichtet werden soll.

Man soll der Vertrag zwecks Rückgängigmachung auf seine Nichtigkeit gekündigt werden.

Dom Hakenkreuz zum Sowjetstern

Eisenach, 31. Aug. (Eig. Draht.) Das einzige nationalsozialistische Mitglied des Eisenacher Stadtrats Klusmann ist zu den Kommunisten übergetreten. Klusmann gehörte seit Wochen der revolutionären nationalsozialistischen Bewegung an. Seinen Uebertritt begründete er in einer sozialdemokratischen Versammlung. Die Versammlungsteilnehmer begrüßten die KPD. unter Vorzeichen zu diesem Zuwachs.

Freistaat Baden

Ein aufsehenerregendes Urteil

Warum ein Naziredeakteur freigesprochen wurde

Im Offenburger Tagblatt lesen wir folgende Gerichtsnotiz: In der Berufungsverhandlung freigesprochen

Der Badische Landespressediener meldet: In der Berufungsverhandlung des Redakteurs Karl Frank vom Griselhorn in Lahr, welcher vom dortigen Amtsgericht wegen Beleidigung des Bürgermeisters Hofmann von Dinglingen zu 50 RM Geldstrafe verurteilt worden war, erfolgte am Freitag vor dem Landgericht Offenburg ein Freispruch. Bürgermeister Hofmann hatte anlässlich einer Totengeburtfeier für die Erhaltung des Friedens gesprochen. Er zog dabei den Vergleich, daß der alte Krieg gegenüber einem kommenden ein Kinderpiel gewesen sei. Diesen Vergleich gab das Griselhorn in einer Weise wieder, daß der Bürgermeister eine Beleidigung darin erblickte und die das Lahrer Amtsgericht durch Verurteilung als solche anerkannte. Das Landgericht Offenburg dagegen sprach den Angeklagten frei. Das Landgericht Offenburg und Gericht auf den Standpunkt des Redakteurs stellen, daß dieser Vergleich des Bürgermeisters eine Entsehung gewesen, weil dieser kein Recht habe, von dem vergangenen Krieg Kritik zu üben, da er infolge eines körperlichen Leidens nicht im Krieg teilgenommen habe.

Nicht die Freisprechung dieses Naziredeakteurs ist eine Ungehörlichkeit, sondern die Begründung des Richters und des Staatsanwaltes, welche zur Freisprechung führte. Also alle diese, welche ihre Söhne und Männer im vierjährigen Wortkampf verloren, alle welche dabei gedacht, gebangt und gestritten, alle welche dabei im Fliegerangriff ausgelegt waren, dürfen sich nach Auffassung der Offenburger Gerichtsherren kein Urteil über den Krieg erlauben. Die „Philosophie“ unserer Justiz wird immer unerträglich.

Die in Frage kommende Ansprache des Bürgermeisters Hofmann von der Gemeinde Dinglingen auf dem Friedhof am Totensonntag mündete in folgende Mahnung: „Nie wieder Krieg, wenn ihr vermeiden wollt, daß künftige Generationen so an den Gräbern ihrer Kinder stehen müssen. Denn im Vergleich mit seinen technischen Mitteln, insbesondere des Giftgases, das auch Frauen und Kinder in das Wort miteinbezieht, indem er den Fliegerangriff ausbeutet, ist das moderne moderne Wundmittel, wird der vergangene Krieg wohl nur ein Kinderpiel gewesen sein gegen den kommenden!“

Diese Ausführungen des Bürgermeisters waren vom Naziredeakteur Frank in seinem Griselhorn so sinnentstellend wiedergegeben worden, daß es den Anschein erwecken mußte, als habe Bürgermeister Hofmann bei der Kranzniederlegung das Heldentum der Gefallenen nur in den Schmutz ziehen wollen, indem er den letzten Krieg als ein Kinderpiel bezeichnete. In diesem Artikel des völkischen Blattes war die Rede des Bürgermeisters Hofmann als „eine absonderlich taktlose Aeußerung“ bezeichnet, welche angeblich alle zur Feier Erschienenen, insbesondere die verschiedenen Vereine, empört habe. Wie es gerade mit dieser Vereinerkennung in Wirklichkeit ausah, ergab eine einberufene Sitzung der Vereinsvorstände, welche den Bürger-

meister hierzu eingeladen hatten und ihm in überwiegender Mehrheit ihr Verständnis für seine Ansprache bezeugten. Daß der Militär- und Kriegervereinsvorstand nicht unter diesen war, ist mehr als begreiflich.

Angesichts der aufsehenerregenden, sonderbaren Urteilsbegründung, die wir oben bereits beleuchteten, sieht sich die Freiburger Volkswacht zu folgenden Bemerkungen veranlaßt:

„Beleuchten wir die Moral dieser richterlichen Entscheidungen: es darf ein junger Mann, der bei Ausbruch des Krieges elf Jahre alt war und nichts vom „Gelbe der Ehre“ zu sehen bekam, einen Mann beleidigen, der infolge eines körperlichen Leidens nicht zum Kriegsdienst tauglich war, und ihn quasi der Trübebergerzeit bezichtigten. Es findet sich ein Richter, der einem treuen Beamten das Recht abspriecht, über den Krieg zu reden, weil dieser „nicht dabei“ gewesen sei, im gleichen Mißsug, in welcher dieser Richter dem jungen Mann, der noch weit weniger mit dabei war, das Recht zugesteh, heute als Naziredeakteur „im Namen aller Frontkämpfer“ sich antikrieglerische Reden zu verbitten. Es gibt ein Gericht, das die eidliche Befundung ungehört ließ, welche der Pfarrer Rems von Dinglingen machte mit den Ausführungen: er habe die Rede des Bürgermeisters nur bearbeitet, denn sie sei von höchster Ethik, vom Willen zum Frieden getragen gewesen. Nach einer würdigen Ehrung der Toten habe der Bürgermeister in seiner Eigenschaft sich auch das Recht der Mahnung an seine Gemeinde erlaubt, mit der Verabschiedung des Menschenmordes. Es gibt ein Gericht, das die Ausführungen des als Nebenkläger erschienenen Bürgermeisters unbeachtet läßt, daß sein Vergleich sich niemals auf die Leistung der Frontkämpfer, sondern nur auf die Kriegstechnik und -wirkung bezogen habe und daß er für die Richtigkeit seines Vergleichs die Ausführungen einer Anzahl bedeutender Generale, also besser Fachleute, darunter Ludendorff, onführen könne. Es gibt ein Gericht, das diese Argumente nicht achtet und dafür dem Empörungsrummel einer Patriotenkluge das Ohr leih, welcher die größten Menschenideale vom Frieden auf Erden ein Greuel sind. So gibt es aber leider nicht nur ein Gericht, so gibt es viele Gerichte. Wo wir heute in die Gerichtssäle hören, bringt uns der Geist der militaristischen und kulturellen Reaktion entgegen. Gegen den müssen wir jetzt erst recht zu Felde ziehen und dafür sorgen, daß die Gerichtsstätten wirkliche Säulen des Rechts werden. Das ist die Lehre des Offenburger Schöffengerichtsurteils in diesem Falle.“

Wir nehmen bestimmt an, daß der Bürgermeister von Dinglingen gegen diesen Freispruch beim Oberlandesgericht in Karlsruhe Berufung einlegt.“

Katholische Vereine gegen Pfarrer Senn

Freiburg, 1. Sept. Der Diözesanausschuß der katholischen Vereine für die Erzdiözese Freiburg hielt gestern eine Beratung ab, bei der auch der Fall des (zu den Nazis übergetretenen) Pfarrers Senn in Säckingen besprochen wurde. In einer längeren Entscheidung wandte sich der Diözesanausschuß gegen das Vorgehen von Pfarrer Senn und mahnte die Einbeziehung und Geschlossenheit der katholischen und ihre unerschütterliche Treue zum Episkopat zu bewahren.

Wilhelm im Deva-Heim-Skandal

Er gab 300 000 Mark Kredit - 18 Prozent Zinsen für den Exkaiser Ruwi und die Zinsknechtschaft

Wir lesen im Hamburger Echo: Die Öffentlichkeit hat mit Recht Mitleid mit den 22 000 Bauipartern, die beim Zusammenbruch des Devaheimschwinds um ihre Sparpennie gebracht worden sind. Nur einem Geschädigten wird sie ihr Mitleid wohl verlagern. Dieser Geschädigte ist kein anderer als Exkaiser Wilhelm. Auch er wollte an der Devaheim verdienen. Die Zusammenhänge sind folgende:

Eine besonders unheillose Rolle bei der Raubwirtschaft auf Kosten der Sparrer im Devaheimkonzern hat der völkische Rechtsanwalt Brandes, der Verteidiger der schleswig-holsteinischen Bombenleger, gespielt. Brandes, der zweite Aufsichtsvorsitzende und Notar der mit 6 Millionen Mark Verlusten zusammengesunkenen Bauengesellschaft des Evangelischen Volksbundes in Wülheim, hat den Beschluß der gemeinsamen Aufsichtsratsitzung der Devaheimgesellschaft herbeiführt, durch den

die Austeilung von mehreren hunderttausend Mark an Bestechungs- und Schweigegeldern sanktioniert wurde. Brandes hat auch die Geschäftsbeziehungen zwischen dem evangelischen Baukonzern und Wilhelm von Doorn hergestellt.

Aus den Mitteln der Amerikanleihe der Inneren Mission wurde der Wülheimer Bauengesellschaft von der Stilklasse gemeinnütziger Wohlfahrtsvereine 1,8 Millionen Mark Hypothekensumme ausgelast, und zwar unter Verletzung der von den amerikanischen Geldgebern gestellten Bedingungen. Im Vertrauen auf diese Zusage wurde in Wülheim drauflos ge-

haut. Da die in Aussicht gestellten Gelder aber zu einem Teil von der Stilklasse verpfändet worden waren, kam die Bauengesellschaft bei den Auszahlungen an die Bauparner in die größten Schwierigkeiten.

Es mußte ein Ueberbrückungskredit beschafft werden, bei dem die Hohenzollernische Vermögensverwaltung einpran. Sie stellte durch Vermittlung des Berliner Bankhauses Dermann Richter einen Zwischkredit in Höhe von 300 000 M zur Verfügung. Unvergütlich wie immer

ließ sich Wilhelm der Geschäftstätigkeit bis 18 Prozent Zinsen zahlen.

Jetzt ist Holland in Not. Bei dem Zusammenbruch der Bauengesellschaft konnten die 300 000 M nicht mehr in Sicherheit gebracht werden. Soffentlich benutzt Prinz Ruwi den Fall, um sein nationalsozialistisches Repertoire gegen Zinsknechtschaft zu bereichern.

Generaldirektor Jeppel aus Unterjuchungshaft entlassen

EM, Berlin, 1. Sept. Der Generaldirektor des Devaheim-Konzerns, Jeppel, ist heute von der Staatsanwaltschaft wegen Salkunfähigkeit ohne Kaution aus dem Unterjuchungsgewahrsam Moabit entlassen worden. Jeppels Befinden hatte sich in den letzten Tagen sehr verschlechtert. Auf Antrag seiner Verteidiger war er durch den Gefängnisarzt untersucht worden.

Der ZDA im Jahre 1930

Soeben gibt der ZDA seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1930 heraus. Obwohl es bisher sicherlich kaum ein Jahr gegeben haben dürfte, in welchem Gewerkschaftsarbeit jeder Art schwieriger und undankbarer gewesen sein dürfte als im letztverflossenen, hat die Organisation der Angestellten recht beachtliche Erfolge erzielen können. Ihre im Laufe der Jahrzehnte des Bestehens angesammelte Kraft setzte sich in der Durchführung der in ihrer Schärfe immer mehr gesteigerten und vermehrten Tarifkämpfe, in ihren Leistungen an erwerbslose und unterstützungsbedürftige Mitglieber, in der immer härter angepannten Arbeit ihrer Rechtsabteilungen. Allein die Hauptgeschäftsstelle erteilte nicht weniger als 16 103 Rechtsauskünfte gegen 11 687 im Vorjahre. Von den durch Klagen der Ortsgruppen vor den Arbeitsgerichten geforderten insgesamt 1 435 276,27 RM, wurden nicht weniger als 1 192 933,58 RM, oder 83 Prozent eingebracht, eine Ziffer, die wirklich befriedigend kann.

Das wachsende Vertrauen zum ZDA zeigte sich auch in einem weiteren recht erheblichen Mitgliederzuwachs. Trotz aller Abgänge durch Tod, durch Berufswechsel infolge Stellenlosigkeit und durch sonstige Ursachen ist ein Plus von 11 000 Mitgliedern zu verzeichnen. Das Vermögen des Verbandes ist in der gleichen Zeit auf 6 1/2 Millionen RM angewachsen.

Im übrigen bietet der Bericht neben eingehenden Besprechungen der Verhältnisse in den verschiedenen Fachgruppen und Informationen über alle einzelnen Arbeitsgebiete des Verbandes überaus bedeutungsvolle Aufzählungen über die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ergebnisse des Jahres 1930. Sie beweisen, daß der Verband klar erkannt hat, was Not ist, und daß er die einzige Anwesenheitsorganisation ist, die die wahren Interessen ihrer Mitglieder voll und ganz zu vertreten vermag.

Gewerkschaftliches

Tarifkündigung in der Textilindustrie

Chemnitz, 31. Aug. Der Verband der Arbeitgeber der Textilindustrie hat die Lohnsätze für gewerbliche Arbeiter zum 31. Oktober gekündigt.

Tarifkündigung im sächsischen Steinkohlen- und ebgau

Zwickau, 31. Aug. Der Bergarbeiterverein Zwickau hat die Lohn- und Gehaltsätze vom 30. September gekündigt.

Textilunternehmer kündigen Lohnsätze

Die Textilunternehmer haben für die Bezirke Westfalen mit 171 000 Beschäftigten, Ostfalen mit 29 000 Beschäftigten, Aachen mit 9 000 Beschäftigten und Sorau mit 4 000 Beschäftigten zum 1. Oktober die Lohnsätze gekündigt. Der württembergische Lohnsatz ist schon Ende Juli abgelauten, der für die Rheinpfalz und die Niederlande Ende August. Neue Lohnsätze für diese drei Bezirke konnten noch nicht abgeschlossen werden. Ebenso wurde der Tarif für die Nordsee zu Ende September vom Konkursverwalter gekündigt. Unter den gekündigten Tarifverträgen arbeiten zur Zeit noch 309 000 Textilarbeiter und Arbeiterinnen. Ob die Textilunternehmer die Stürze haben werden, die Lohnhöhe der Textilarbeiter als Kündigungsgrund anzugeben, bleibt abzuwarten.

75 Betriebszellen kämpfen in Baden

Mit dieser großmäuligen Ueberschrift veröffentlicht der Führer, das Naziblätchen, am 25. August einen Artikel des ebenso großmäuligen bekannten Plattner, 75 Betriebszellen wollen die Nazis in Baden besitzen. O, ihr armen Kerle, wie bekümmert seid ihr doch, Betriebszellen nennen diese Leute grob, wenn sie irgendwo einen verstedten Anstellten oder verschrobene Querschnittler in einem Betrieb besitzen. Betriebszelle, dieses Wort haben diese Leute kein Wort für die Volksentscheidungsbrüder, den Nazis abgequod. Schon jahrelang mühen diese sich ab, Betriebszellen zu errichten und der Erfolg? Gleich Null. Dabei haben die Arbeiter zu den Nazis immer noch mehr Vertrauen als zu einer Gesellschaft, an deren Spitze nur abgedankte Offiziere stehen, deren Haupttätigkeit früher beim Militär erst beim Leutnant anfang, sind die erfahrenen Führer der Nazis. Dazu kommen noch leibhaftige Hohenzollernprinzen als Sprößlinge des Ausländers von Dorn, der heute noch als der reichste Mann von Deutschland gilt. Ein Plattner neben einem „Aumei“ brinsen absonderlich, ein herrliches Bild! Und diese Leute glauben noch in allem Ernst, daß ihnen Arbeiter Staffage bilden.

Eine Wahrheit hat P. allerdings in seinem Artikel zugegeben, denn er schreibt, daß sie, die Plattner und Konjorten, nie und da vor leeren Sälen gestanden hätten. Warum denn so sahaft? Seid doch ehrlich, wenn es auch noch so schwer fällt und gebt doch zu, daß in allen Fällen ihr vor leeren Sälen gestanden sei, mit Ausnahme eurer abkommandierten Heloten. Wer wird auch von der Arbeitererschaft euch noch nachlaufen? Da ihr Sozialisten seit glaubt euch ja schon so wie so kein Mensch mehr; oder gar Arbeiterpartei? Da laßt ihr ja die Dübner. Seid wann unterließen denn die Unternehmener wie Tölpel oder die lächlichen Industriellen neben hundert anderen, Sozialisten und Sozialisten zu bekämpfen, die ihr vorgebt zu sein? Nein, nein! Ihr bekommt diese Schmitzreden zu dem einzigen Zweck, die Gewerkschaften und Sozialisten zu bekämpfen. Von eurem schönen Namen bleibt bei näherem Zusehen nichts übrig als „Nationalistische Partei“ oder wie auch die Arbeiter überall nennen, Nazi.

Auf das sonstige Geschreibsel des Plattner einzugehen, erübrigt sich, denn es gibt Menschen, die darf man nur noch pathologisch nennen. Was sollen wir uns auch mit ihnen unterhalten über Politik, von der sie so viel verstehen wie die Kuh von einem neuen Scheunentor? Daß er über die „Roten Bohnen“ sich ärgert und über sie schimpft wie ein Kobold, versteht sich. Diese sind es, zu denen die Arbeitererschaft noch Vertrauen besitzt, aber nicht zu den „gelben Bohnen“ der Nazis.

Ärgert euch nur weiter und holt euch weitere Niederlagen. Wir und die Arbeitererschaft können sie euch von ganzem Herzen. Bellt und geifert uns so weiter an, wir halten es mit dem Mond, der lachend auf den hellen Mond herabstaut und seine Bahn weiterzieht.

Wenn Nazis und Nazis vereint gegen die Gewerkschaften antreten, so werden sie sich eben nach wie vor ihren Schädel einrennen. Schade ist es um diese Schädel nicht, denn die Arbeitererschaft verliert dabei nichts. Wie hat doch der Vorwärts diese charakterisiert?

Sowiefern am Stahlhelm Salentreus am Band Einheitsfrontkompane Werden sie genannt. Betriebsratszentrale der freien Gewerkschaften.

Partei-Nachrichten

Wechsel in der Geschäftsleitung der Volksstimme

Nach 23jähriger pflichtbewusster und erfolgreicher Tätigkeit ist am Montag der Genosse Heinrich Lenz von dem Posten eines Geschäftsführers unseres Mannheimer Parteiuernnehmens zurückgetreten. An dem Aufbau und an der Entwicklung unseres Mannheimer Parteiuernnehmens hat Heinrich Lenz erheblichen Anteil. Auch in der Parteibewegung hat Heinrich Lenz ununterbrochen seine Pflicht erfüllt und der Bewegung so manchen wertvollen Dienst geleistet. Möge ihm, der das 70. Lebensjahr schon überschritten hat, noch eine stattliche Reihe Jahre der Ruhe und der Erholung gesünder sein.

An Stelle des Genossen Lenz hat der Genosse Dr. A. Kemmerle, der frühere badische Innen- und Kultusminister, die geschäftliche Leitung der Mannheimer Volksstimme übernommen. Genosse Kemmerle ist ja mit der Arbeiterbewegung in Mannheim aufs beste vertraut; viele Jahre war er früherer Redakteur an unserem Mannheimer Parteiorgan.

Kappelrodt. Am Samstag, den 5. September, abends 8 Uhr, findet im alten Schulhaus eine Mitgliederversammlung der Sos. Partei Kappelrodt statt. Gen. Landtagsabgeordneter Trientz wird einen Vortrag halten. Es ist Pflicht, daß sich sämtliche Mitglieder zu diesem Vortrag pünktlich einfinden. Die übliche Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Letzte Nachrichten

Schiffsmeuterei gegen Soldhürzung

Neuzort, 1. Sept. Nach einer Meldung der Associated Press aus Valparaiso soll auf der im Hafen von Colombo in Winterquartier liegenden Kriegsschiffe von Chile eine Meuterei ausgebrochen sein.

Späterhin wird hierzu ergänzend gemeldet, daß die Mannschaften ihren Dienst wie der ausübten, nachdem sie ihre Offiziere zur Unterzeichnung eines Ultimatus an die Regierung gezwungen hatten, in dem erklärt wird, daß die Flotte die von der Regierung geplante Soldhürzung nicht zulassen werde.

Ausbreitungen vor dem Göttinger Gerichtsgefängnis

Götting, 1. Sept. Mehrere Kommunisten, die beim Landfriedensbruchprozess Hock zu Strafen verurteilt worden waren, hatten sich heute nachmittags zum Antritt ihrer Strafe nach dem Gerichtsgefängnis begeben. Eine große Schar Kommunisten begleitete die Verurteilten, wobei sie Sympathieäußerungen personalisierten. Da sich die Menge, die vor dem Gerichtsgebäude aufgestellt genommen hatte, trotz der Aufforderung der Polizei, auseinanderzugehen, weigerte und einen Polizeibeamten angriff, trieb die Polizei die Kubeführer auseinander. Ein Polizeikommissär erlitt Kratwunden, drei Personen wurden festgenommen.

RUNDFUNK

Donnerstag, 3. September: 5.55 Uhr: Gymnastik. 10 Uhr, 12.30 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplatten. 15.30 Uhr: Stunde der Jugend. 16.30 Uhr: Schallplatten. 17 Uhr: Radmittagskonzert. 18.40 Uhr: Kleine Geschichten von War. Dantsch. 19.05 Uhr: Siedungsfragen. 19.45 Uhr: Anecdotes. 20 Uhr: Nigals als Kinderlein. 21.15 Uhr: Sommermuff. 22.35 Uhr: Zanzmuff. Freitag, 4. September: 5.55 Uhr: Gymnastik. 10 Uhr, 12.30 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplatten. 17 Uhr: Radmittagskonzert. 18.40 Uhr: Diskussionsfragen. 19.05 Uhr: Kesseltort: Tiere als Parasiten und Krankheitsüberträger. 19.45 Uhr: Peter Bach singt zur Laute. 20.15 Uhr: Am Banfäpeltom. 21.15 Uhr: Konzert. 22.15 Uhr: Sportbericht. 22.40 Uhr: Zanzmuff. Samstag, 5. September: 5.55 Uhr: Gymnastik. 10 Uhr, 12.30 Uhr und 13.30 Uhr: Schallplatten. 15.30 Uhr: Stunde der Jugend. 16.30 Uhr: Schallplatten. 17 Uhr: Radmittagskonzert. 18.40 Uhr: Neuzeltliche Wabeanlagen. 19.45 Uhr: Populäres Konzert. 22.35 Uhr: Unterhaltungskonzert.

Die Dresdener Bank

Was der Aufsichtsratsvorsitzende sprach und was er nicht sagte

Aus Dresden wird uns berichtet: Die außergewöhnliche Generalversammlung der Dresdener Bank wurde durch eine Rede des Aufsichtsratsvorsitzenden Fritz Andrae eröffnet, der eine Art geschichtlichen Ueberblick gab. Zwischen der Dresdener Bank und der Danabank sei nach einer Kavalereie in der Art, wie, nachdem die Danabank ein Treiben gegen die Dresdener einleitete, das auch vor persönlichen Veranlassungen und Verleumdungen nicht zurückzukaufen. Die Dinge gehen dann so weit, daß wir uns verpflichtet hielten, unsere Bedenken und Sorgen der Reichsregierung mitzuteilen. Der Entschluß der Reichsregierung, der Dresdener Bank ein neues Kapital zu gewähren, wirkte so überzeugend, daß wir es bisher nicht klüßig zu machen brauchten. Zu der Entwicklung der Bank, wie sie die Leitung der Dresdener heute vor sich sieht, bemerzte Andrae folgendes: Sie wird, das ist der Wille der Reichsregierung, in streng privatwirtschaftlichem Sinne weitergeführt werden.

Die Opposition schickte den Berliner Rechtsanwalt Dr. Friedemann vor. Friedemanns Ausführungen waren darauf abgestimmt, daß sich die Opposition die Hilfe des Reiches sehr gern gefallen läßt, daß sie es aber nicht ablehnt, Opfer zu bringen. Das das Reich Hilfe gebracht hat, demühtet der Oppositionsredner nicht. Daß sich das Reich aber gewisse Sicherheiten geben ließ, soll ein Verdrehen sein. Friedemann kündigt in diesem Zusammenhang auch einen Anfechtungsprozeß gegen das von der Dresdener Bank abgeschlossene Geschäft an.

In der Generalversammlung widersprach dann Marx, der Vertreter des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten, der Auffassung Friedemanns, daß das Reich bei der Dresdener Bank ein Geschäft machen wolle. Der Kapitalismus habe eine Schlichte verloren. Die Führer der Wirtschaft hätten auf der ganzen Linie verlaßt. Eine Rationalisierung bei hohen Zinsen und niedrigen Zinsen zu einem ganz ungünstigen Zeitpunkt sei vorgenommen worden. Dazu seien außerordentlich große Fehlinvestitionen gekommen. Man habe den Abzug adreßiert anstatt ihn zu steuern. Infolgedessen seien die den Niederlassungen gewährten Kredite eingetroren. Notwendig sei eine scharfe Kontrolle der Kreditgewährung durch ein Bankamt. Die von der Verwaltung vorgelegenen Satzungsänderungen genügen nicht. Deshalb verlange er, daß der Durchschnittsbetrag aller Beiträge der Vorstandsmitglieder und Direktoren und deren Stellvertreter verpflichtet sein. Einnahmen aus Aufsichtsratsanteilen aus anderen Unternehmungen an die Bank abzuliefern. Diese Anträge wurden jedoch von dem Aufsichtsratsvorsitzenden zum größten Teil aus formellen Gründen nicht zugelassen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erklärte es schließlich nach stundenlangen Verhandlungen als berechtigt, daß die Bank die Reichs-schatzanweisungen zum Pariverte angenommen habe. Bei den Verhandlungen mit der Reichsregierung sei wiederholt zum Ausdruck gekommen, daß das Reich weder kalt noch warm sozialisieren oder ein Geschäft machen wolle. Die Dresdener Bank brauche die 300 Millionen Schatzanweisungen. Ob man sie heute oder morgen benutzen werde oder überhaupt liegen lassen könne, hänge ganz von der Entwicklung der Verhältnisse ab. Die Behauptung, daß bei der Dresdener Bank Millionengehälter gezahlt würden, sei falsch. Das höchste Gehalt betrage nicht einmal die Hälfte.

Im ganzen waren 115 Aktionäre anwesend, die 73 Millionen Aktienkapital mit 3 650 000 Stimmen vertreten. Bei der Abstimmung wurden die Vorschläge der Verwaltung auf Erhöhung des Grundkapitals von 100 Millionen auf 400 Millionen durch Ausgabende von nominell auf 300 Millionen Reichsmark lautende Vorschlagsaktien am 1. August 1931 angenommen. Dafür stimmten 3 621 898. Mit Rein stimmten 11 515, 12 405 enthielten sich der Stimme. Dr. Friedemann legte gegen das Abstimmungsprotokoll

zu Protokoll Protest ein. Weiter wurde auf Wunsch der Opposition die Meinung der Generalversammlung zu Protokoll dahin formuliert, daß die Reichsregierung den Charakter der Dresdener Bank als privatwirtschaftliches Institut unangetastet lassen möge. Die Anträge von Marx wurden dem Aufsichtsrat zur Prüfung für die nächste Generalversammlung überwiefen.

Was die Defensivität von dieser außerordentlichen Generalversammlung der Dresdener verlangte, ist eine einseitige Antwort auf die Frage, wie es zu dem Zusammenbruch gekommen ist? Diese Antwort hätte der Aufsichtsratsvorsitzende Andrae von der Danabank erteilen müssen, der die Veranlassung in Dresden mit Darlegungen einleitete, die wohl niemandem befriedigt haben.

Andrae verwies wohl auf „gemissenlose Schwärereien und böswillige Ausstreunungen“, auf das Treiben gegen die Dresdener Bank, das „teilweise politischer Natur war“ und das in den kritischen Tagen zwischen dem Schalterstich bei der Danabank und der Hissaktion des Reiches für die Dresdener sicherlich die Situation verschärft hat, niemals aber, wie die Tatsachen einwandfrei beweisen, der Grund für die unheilvolle Entwicklung bei der Dresdener gewesen sein kann. Nebenbei bemerkt ganz dieses „gemissenlose und böswillige Treiben“ u. a. auch von rechtsabwärtiger Seite aus, die sich im Personalreferat der Dresdener Bank besonders Förderung erkeut haben soll.

Außer diesem Hinweis nichts, gar nichts, was die Bank näher berührt. Wenn in Dresden an Stelle Andraes ein Mann mit dem Willen zur Wahrheit und zur Klarheit gestanden hätte, dann er ungenügend folgendes gesagt:

„Es stimmt, daß die Dresdener und andere Banken schlechte Treuhänder der Anleihen gewesen sind, die sie im Auslande aufgenommen haben. Diese Anleihen, gleichgültig, ob langfristige oder kurzfristige, sind maßlos in die Großunternehmungen reingepumpt worden. Wir müssen heute eingestehen, daß keine Kontrolle, selbst nicht der Wille zur Kontrolle vorhanden war, wie diese Anleihen verwendet wurden. So wurden die Betriebe rationalisiert und mechanisiert, bis eine Kapazität entstand, die nicht mehr zu beschäftigen war. Die Maschinen wurden Schrotthaufen und die Gelder der Banken insulagen in Schrott investiert. Als sich aber die Folgen der Ueberproduktion und Fehlinvestitionen zeigten, haben wir, die von Amts wegen dazu berufen waren, nicht den Mut gehabt, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen. Wir haben um unser eigenes Geld abgibt und sind vor dem Kapitalmarkt zurückgeschreckt, der durch mangelnde Kontrolle, Ueberwirtschaft in den Privatunternehmungen, durch Ueberproduktion und Fehlinvestitionen notwendig geworden war. Wir bildeten uns ein, die Notwendigkeit des Kapitalerlöses durch Robnabbau forcieren zu können. Wir haben jahrelang und monatelang für die Forderung nach Robnabbau wiederholt, unseren ganzen politischen Einfluß spielen lassen, um Robnabbau durchzusetzen, und mußten feststellen, daß die fatalste Forderung der Kaufkraft und des Einkommens der breiten Massen das Uebel nur verschlimmerte und die Wirtschaft werden ließ. So mußte es zu dem Zusammenbruch kommen, den wir heute an einer Stelle so liquidieren haben. Wie die Politik des Robnabbaus und der Kaufkraftförderung im Interesse unserer Wirtschaft nicht mehr weiter getrieben werden darf, so können wir nicht leugnen, daß die Forderung der Defensivität nach einer Kapitalkontrolle berechtigt ist und nachzukommen ist. In diesem Sinne haben wir Ihnen für unser Teil und für unser Institut entsprechende Vorschläge zu machen, zu denen auch der Vorschlag einer weitgehenden Zusammenlegung des Aktienkapitals gehört.“ Andrae hat nicht so gesprochen. Die Defensivität hat ein Recht, daß die Regierung so spricht!

Aus aller Welt

Explosion in einem oberbayerischen Bricketwert

Seeshaupt (Oberbayern), 1. Sept. Heute vormittag erfolgte laut Münchener Telegrammzeitung in dem neuen Madras-Bricketwert U.G., zwischen Seeshaupt und Salzhoch an den Oberseen eine Explosion, die wahrscheinlich durch Kohlenstaub hervorgerufen wurde. Dadurch wurde ein Teil des Gebäudes zerstört und sieben Arbeiter zu Teil schwer verletzt. Die Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus nach Weilheim gebracht.

Selbstmord eines Direktors der Wiener Getreide U.G.

Wien, 1. Sept. Der Direktor der Getreide U.G., Paul Eberer, hat sich heute aus dem dritten Stockwerk gestürzt. Er blieb tot liegen. Die Ursache des Selbstmordes ist noch nicht geklärt.

Selbstmordversuch am Palais des Reichspräsidenten

OMB, Berlin, 1. Sept. Der 59jährige Konditor Waldemar G. aus der Veteranenstraße im Norden Berlins, versuchte heute abend, sich am Gitter vor dem Palais des Reichspräsidenten, Wilhelmstraße 73, zu erhängen. Er wurde von Polizeibeamten in Schutzhaft genommen. Arbeitslosigkeit soll ihn zu der Tat veranlaßt haben.

Typhuserkrankungen in Basel

Basel, 1. Sept. In den letzten Tagen sind in Basel 13 neue Fälle von Typhus festgestellt worden, womit sich die Gesamtzahl der Typhuserkrankungen auf 49 erhöht. Von den Erkrankten ist bis zur Stunde nur einer gestorben.

Ermittlung wegen Depotunterjählung

Halle, 1. Sept. (Eig. Draht.) Gegen den Inhaber des vor kurzem zusammengebrochenen Bankhauses Schönig & Schwarz, ist von der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Depotunterjählung eingeleitet worden. Die Strafverfolgung erfolgte auf Antrag des Konkursverwalters. Es ist das dritte Strafverfahren, das gegen Inhaber zusammengebrochener Hallischer Prioorbanken eingeleitet worden ist.

Raubüberfall auf einen Poststelleneinhaber

Höbel (Medlenburg-Schwerin), 1. Sept. Der Poststelleneinhaber Hansen wurde heute auf einer Dienstreife im Walde bei Rebow von zwei Männern überfallen, vom Rabe gerissen und unter Bedrohung mit Revolvern des Bargeldes beraubt. Den Räubern fielen rund 1500 Mark in die Hände, mit denen sie unerkannt entkamen. Die Gendarmerie hat die Ermittlungen aufgenommen. Der Raubüberfall war planmäßig vorbereitet. Es ergab sich, daß die Fernspreitleitung nach dem Vorstehergebüh durchschnitten worden ist.

„Hängende Gärten“ auf Wolkenkragern

Auf den drei Säulen des umfassenden vierstöckigen Gebäudes der im Entstehen begriffenen Neuworfer Radiostadt sollen Gartenanlagen mit Bäumen, Sträuchern und Springbrunnen errichtet werden, die in ihrer Vorkarität die Erinnerung an die hängenden Gärten von Astoria wachrufen. Die Kosten der Anlagen sind erheblich und sollen die Gesamtkosten des Radiostadtbauwerks um mehrere Millionen Dollar erhöhen.

Nach vier Jahren ein Mord entdekt

OMB, Straßburg, 31. Aug. In der zur Gemeinde Rappoltsweiler gehörenden Weiler Glasbütte wurde gestern die Leiche eines vor vier Jahren spurlos verschwundenen Holzbauers namens Scheidecker entdekt. Sie war unweit des Scheideckerischen Anwesens unter einem Steinhaufen und einer Menge Stachelnadeln in einer Tiefe von 1,30 Meter verborgen und wies am Schädel oberhalb des rechten Ohres bis zum Auge eine laffende Wunde auf, die von einem Artzheil herühren kann. Der Ermordete Scheidecker war als Holzbauer viel auswärtig beschäftigt, lebte auch, weil er trant, mit seiner Familie nicht in bestem Einvernehmen. Meistens hatte er in seinen letzten Lebensjahren sich jenseits der Vogesen Arbeit gesucht und war nur zu kurzen Ausenballen heimgekommen. So auch im August 1927, und kehrte war er spurlos verschwunden. Gerichte der Gegend, damals gleich dem ältesten Sohn Wilfons Scheidecker des Mordes. Vor einiger Zeit nahm die Gendarmerie die geschiedene Frau des jungen Scheidecker ins Verhör und von ihr erfuhr dieser, daß er des Mordes verdächtig sei. Daraufhin verstand vor etwa zehn Jahren auch der Sohn Scheidecker aus der Gegend.

Ein Aufruf des Weinbaukongresses an das deutsche Volk

Auf dem Weinbaukongress in Bingen wurde nach einer lebhaften Aussprache ein Aufruf an das deutsche Volk einstimmig angenommen, in dem nach einer Schilderung der schweren Not des deutschen Weinertandes an alle Schichten der Bevölkerung die Bitte und Mahnung gerichtet wird: „Bevorzugt die Erzeugnisse der deutschen Erde, helft den deutschen Winzern, trinkt deutschen Wein!“

Verurteilte Nazirohlinge

Vom Schnellgericht Göttingen wurden 21 Mitglieder der Ortsgruppe Göttingen der NSDAP, zu insgesamt 128 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Nazis hatten einen kleineren Trupp der sozialistischen Arbeiterjugend von Göttingen überfallen und mit Stöckeln, Stöcken und anderen Schlagwerkzeugen bearbeitet. Einem 15jährigen Jungen waren die Zähne ausgeissen worden, ein anderer hatte durch Stöckelstöße ebenfalls schwere Verletzungen erlitten.

### Kleine bad. Chronik

#### Eine Räuberbande unschädlich gemacht

**Billingen, 1. Sept.** Einer in Billingen noch nie dagewesene Wildweiberromanik hat gestern die Gendarmerie ein Ende gemacht. Schon wochenlang wurde die Bevölkerung durch zahlreiche Kellereindrüche beunruhigt. Am Samstag gelang es nun den Dieben auf die Spur zu kommen und den Nachforschungen von zwei Tagen und zwei Nächten ist es gelungen, die Täter in Gestalt von vier 20 bis 25 Jahre alten Hilfsarbeitern aus Billingen dingfest zu machen.

Im ganzen kommen über 20 Kellereindrüche in der Stadt und der Umgebung auf ihre Schuldfrucht. Der Anführer war ein gewisser Leo Springmann. Derselbe karperte seit vier Wochen in einer Hütte, die er sich im Geismoswald, etwa 1 1/2 Stunden von der Stadt entfernt, errichtet hatte und zwar tief im dichtesten Gestrüpp, so daß sie für den Umeingeweihten völlig unauffindbar war. Daneben hatte er mit der Errichtung eines Unterstandes begonnen, der bereits eine Länge von 3 Metern und eine Breite von 2 1/2 Metern aufwies. Die Materialien, abgesehen vom Holz, hatte er teils auf dem Schießstand der Reichswehr, teils aus einem Gerätehaus des Turnvereins 1848 gestohlen. Die Hauptsache war aber die Ausstattung der Hütte. Da waren Federbetten und Decken, da waren vor allem große Lebensmittelvorräte, nicht nur Eier, Käse, Brot, Kaffee und Tee, sondern auch Flaschen Sekt, Wein und die verschiedensten Liköre. Weiter war das nötige „Sandwertzeug“ vorhanden, wie Dietriche, Säen, Spaten, Pickel und mehrere Dynamitpatronen. Ein Frischwaggon war nötig, um alle die gestohlenen Waren abzutransportieren.

Als man Leo Springmann gestern früh in seiner Hütte übernahm, lag er tief im Schlaf; denn er hatte in der vorangegangenen Nacht noch drei Einbrüche im benachbarten Rietheim verübt. Auf seiner Brust hatte er einen hart geschliffenen, 30 Zentimeter langen Dolch liegen, den er nun glücklicherweise nicht mehr verwenden konnte. Als Unterhaltungslektüre lag in der Hütte ein Buch über Buffalo Bill. Die drei Komplizen Leo Springmanns wohnen zu Hause, kamen aber tagsüber zur Hütte, um die Früchte der nächtlichen „Arbeit“ zu genießen. Sie nahmen derart verschlungene Wege, daß kein ausgezeichneter Pfad entstanden und die Hütte unmerklich entdeckt werden konnte. In der engen Zelle können sie nun der Schönheit ihrer Räuberromanik nachtrauern.

#### Brände

**Stetten (Amt Woldsbüt), 1. September.** Ein 9-jähriger Knabe als Brandstifter. Die Ermittlungen der Gendarmerie haben ergeben, daß das Großfeuer am letzten Samstag in Stetten, dem 4 Wohnhäuser, 3 Scheunen und 1 Stall zum Opfer fielen, durch Brandstiftung entstanden ist. Der 9 Jahre alte Sohn des Brandgeschädigten Landwirts Johann Philipp hat eingestanden, das Haus seines Vaters in Brand gesetzt zu haben. Kurz bevor er zur Schule ging hat er in der Scheune Feuer angezündet. Der Knabe wurde in Fürsorge genommen.

**Waldshut, 1. September.** In Hürzlingen brannte in der vergangenen Nacht das Anwesen der Witwe Maria Schöffelbauer aus noch unbekannter Ursache vollständig nieder. Der Gebäudeschaden beträgt etwa 15 000 RM.

In Brenden brach heute morgen um halb 6 Uhr in dem Anwesen des Landwirts und Kaufmanns Karl Haselwänder aus unbekannter Ursache Feuer aus, dem in kurzer Zeit Wohnhaus, Kaufstaben und das Oekonomiegelände zum Opfer fielen. Der Gebäudeschaden wird auf 25 000 RM. geschätzt.

**Stittlingen, 1. Sept.** Wie wir gestern meldeten, vernachlässigte der Sohn des Herrn Robert Ruf, der Kaufmann Ruf von hier bei Stittlingen durch einen Zusammenstoß mit einem Fuhrwerk. Der Schwerverletzte ist mittlerweile verstorben. Es ist dies der zweite Sohn, den die Familie Ruf auf solch tragische Weise verliert. Vor einem Jahr verbrannte bekanntlich sein anderer Sohn beim Lagern in einem Zelt am Rhein.

**1. Destringen, 1. Sept.** Vereinsjubiläum. Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beging die Musikkapelle Destringen am Sonntag ihr 25-jähriges Jubiläum. Am Sonntag fanden sich hier die Musikkapellen von Mühlhausen, Eichtersheim, Ringolsheim, Langenbrüden, Zeutern, Weißen und Forst ein, so daß die Voraussetzung für die Abhaltung des geplanten Musikfestes erfüllt war. Nach einem Massentanz sämtlicher Kapellen auf dem Festplatz eröffnet Hauptlehrer Sauter das Wort zu einer Festansprache, in der er die Verdienste der einheimischen Kapelle würdigte.

**Schönan (bei Heidelberg), 1. Sept.** Schwere Unfall. Ein sechs-jähriges Mädchen aus Mannheim-Neudorf, welches sich zuerst hier bei Verwandten in Ferien befindet, wurde gestern von einem Auto überfahren. Es erlitt mehrere Knochenbrüche an beiden Armen, sowie Hautabschürfungen am ganzen Körper. Das Kind wurde in schwer verletztem Zustande in die Klinik eingeliefert.

**Staufenberg (im Murgtal), 1. September.** Große Gewitterschäden. Das Unwetter hat auch in unserem Ort böse gehaust. Das Ackerfeld sowie die Feldwege erheblich beschädigt. Der Dorfbach hat sich an verschiedenen Stellen ein neues Bett gesucht und etliche Erdrutsche verursacht. Durch einen Blitzschlag wurde im Hause des Landwirts Grigner der Dachstuhl beschädigt.

**Reisenbach (im Murgtal), 1. Sept.** Zusammenstoß. Unterhalb der Station Reisenbach brach am Sonntag mittag bei dem großen Eisenbruch eine Keilmaschine der Murgtalbahn aus dem Geleise und verlor hierdurch die Straße. Der Betrieb wurde durch Umstellen aufrechterhalten. Nach Eintreffen des Hilfspersonals wurde die Maschine wieder auf Geleise gebracht.

**Geilingen, 1. Sept.** Vom Auto überfahren. Die 58 Jahre alte Frau des Landwirts Karl Reichardt wurde von einem Karlsruher Auto überfahren und einige Meter weit geschleift. Sie mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus verbracht werden, wo sofort ein operativer Eingriff vorgenommen wurde.

**Reisach.** Ein Postwertzeichenautomat gestohlen. Am Sonntag morgen um 4 Uhr wurde ein bei einer Metzgerei angebrachter Postwertzeichenautomat aus der Wand gerissen und fortgeschleppt. Den Tätern fielen 75 Mark in Geld und Postwertzeichen in die Hände.

**1. Korf, 1. Sept.** Rückwärtsfahender Motorradler. Am Montagabend gegen 8 Uhr passierte auf der Straße Korf-Bodersweier ein Unfall, der leicht ein Menschenleben gefordert hätte. Eine Radfahrerin auf dem Wege nach Korf begegnete in dem Moment einem Auto, als ein Motorrad mit Beiwagen, ohne abzusetzen, am Auto ebenfalls vorbeifahren wollte. Er kam jedoch dem Straßentand zu nahe, wodurch er nach rechts herumgerissen wurde. Dadurch entging die Radlerin der Gefahr, überfahren zu werden. Sachschaden entstand nicht.

**1. Korf, 1. Sept.** Das Kamelotseichen auf der Straße. Unweit der hiesigen Ziegelhütte auf der Straße nach Bodersweier haben Raschelden ein mehrere Meter großes Kamelotseichen gemalt mit der Aufschrift „Trotz Verbot nicht tot“. Man kann sich bei diesem Unbild des Lächelns nicht erwehren und kann nur ausrufen: Herr verzehlt ihnen! Sicher haben sie nicht damit gerechnet, daß nun jeder auf dem Sobelsteinchen des dritten Reiches herumtrampelt, noch weniger aber damit, daß eine Kuh Mistlos daran nahm und etwas darauf fallen ließ. Deu!

## Warnung der Arbeitsinvaliden

### Die Arbeitsinvaliden im Kampf um die Erhaltung der Fürsorge

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden hat in seiner Reichskonferenz am 19. August ds. Js. Stellung genommen zu der ersten Gefährdung der öffentlichen Fürsorge. Die Konferenz war aus allen Teilen des Verbandes, der heute bereits rund 360 000 Mitglieder zählt, mit Delegierten besetzt. An der Tagung nahmen außerdem eine Anzahl von Vertretern interessierter Körperschaften und brennender Organisationen teil. In dem Hauptreferat beschäftigte sich der Verbandsvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Karsten zunächst mit den Ursachen, die zu der heutigen ersten Gefährdung der gesamten deutschen Sozialpolitik geführt haben. Er behandelte eingehend die Noterordnungsarbeit des Kabinetts Brüning und ihre verheerende Wirkung auf die meisten Zweige der sozialen Gesetzgebung.

Durch die ungeheure Belastung, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden auferlegt ist, werden diese Körperschaften heute in härtestem Maße gezwungen, eine sehr weitgehende Einschränkung ihrer Ausgaben vorzunehmen. Nach dem Willen des Deutschen Städtetages soll bei dieser Kürzungspolitik auch nicht vor der Fürsorge Danks gesagt werden. Damit drohen auch diesem Zweig der Sozialpolitik und zugleich auch den Millionen von der Fürsorge betroffenen Volksgenossen die allergrößten Gefahren.

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden fordert auf das eindringlichste, daß endlich mit dieser Art von Gesetzgebung, die eine einzige, große Vernichtung von gewaltigen, sozialen und kulturellen Werten bedeutet, Halt gemacht wird.

Wenn man der Not der Zeit durch Notverordnungen beikommen will, dann darf nicht jede derartige Verordnung in stärkerem Maße zum Nachteil der Not beitragen. Eine Notverordnung erfüllt vielmehr erst dann ihren Zweck, wenn sie den Wälen notleidender Menschen Hilfe bringt und die notwendigen Lasten auf die tragfähigen Schultern der besitzenden Klasse und der über gutes Einkommen verfügbaren Volksschichten verteilt. In der Politik der weiteren Verengung breiter Volksschichten setzt sich auch ferner die große Gefahr für den Bestand unseres Staatswesens und der deutschen Demokratie, Gerade die Arbeitermassen, die bis heute noch die härtesten Stützen der Republik sind, werden durch eine solche falsche Politik schließlich in hartem Maße den Parteien des Radikalismus und damit den Gegnern der Republik in die Arme getrieben.

Die Arbeitsinvaliden warnen deswegen die verantwortlichen Regierungskreise auf das eindringlichste, den vom Deutschen Städtetag vorgelegten Entwurf der Fürsorge auf dem Verordnungswege in Kraft treten zu lassen. Sie verlangen vielmehr angelegentlich der ungeheuren Not, die jetzt schon in den Kreisen der Sozialrentner zu verzeichnen ist, unbedingte Erhaltung und den notwendigen Ausbau der Fürsorge und Sozialversicherung.

In der anschließenden Diskussion, in der eine Anzahl von Vertretern der verschiedenen Gauen des Verbandes das Wort hatten, schilderten diese zunächst die Fürsorgeverhältnisse in ihren Gebieten, die zum Teil heute schon geradezu als trostlos zu bezeichnen sind. Gibt es doch Bezirksfürsorgeverbände, deren Unterhaltungsrichtlinie für ein Ehepaar heute zum Teil nicht höher als 25-30 Mark für den Monat sind und von diesen Sähen soll, wenn es nach dem Willen des Deutschen Städtetages geht, ein noch weiterer Abbau vorgenommen werden und alle einmütigen und Sondermaßnahmen sollen gänzlich in Fortfall kommen. Die Disziplinierungsredner, die sich in jeder Beziehung mit den Ausführungen des Verbandsvorsitzenden einverstanden erklärten, forderten eben-

falls ganz energisch, daß dem Abbau der Fürsorge endlich ein entgegenstehendes Halt geboten wird.

Die Kollegen Hermann Müller vom DGB, Göring vom WFB und Voa vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten besaßen dem Zentralverband in ihren Ausführungen nicht nur ihre volle Sympathie anlässlich des schweren Kampfes um die Fürsorge, sondern betonen auch gleichzeitig den ersten Willen ihrer Organisationen, in jeder Beziehung Seite an Seite mit den organisierten Arbeitsinvaliden mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung der Fürsorge und Sozialversicherung einzutreten.

Das Ergebnis der Konferenz kam in folgender

#### Resolution

zum Ausdruck, die einstimmig Annahme fand:

„Die am 19. August ds. Js. in Berlin tagende Reichskonferenz des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden weist mit allem Nachdruck auf die ersten Gefahren hin, die gegenwärtig der öffentlichen Fürsorge drohen. Infolge der großen Finanznot der Gemeinden hat sich jetzt auch der Deutsche Städtetag veranlaßt gesehen, von der Reichsregierung neben einer Reihe von anderen Abbaumaßnahmen einen tief einschneidenden Abbau der verschiedenen Fürsorgeleistungen zu fordern. Die Verwirklichung dieser Forderung würde einige Millionen von Menschen, die man jetzt mit voller Berechtigung als die Ärmsten der Armen bezeichnen kann, auf das allerärmste Niveau und das schon vorhandene Niveau in den Handlungen der Betroffenen in der fürchterlichsten Weise herabkatapultieren. In sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht wären die Versteigerungseinkünfte einer solchen Gesetzgebung.“

Die Reichskonferenz führt die Finanznot der Gemeinden in erster Linie auf die Gesetzgebungsarbeit der letzten Zeit zurück, die in zunehmendem Maße die Gemeinden zu starken Ausgaben gezwungen hat, ohne auf der anderen Seite den notwendigen Einnahmehausgleich zu schaffen. Mit der dadurch verursachten Begründung der Finanznot der Gemeinden wird die Verantwortung für wertvolle, soziale und kulturelle Arbeit im Dienste von Millionen von Volksgenossen vernichtet.

Einstimmig dieser gegenwärtigen Lage hält sich die Reichskonferenz an der ersten Forderung, daß auf die Reichsämter und die in unmittelbarem Zusammenhang mit der öffentlichen Fürsorge stehenden Stellen entsprechende Gemeindepolitiker zur Verfügung gestellt werden. Die Gemeinden müssen ferner, soweit es irgend möglich ist, von den Ämtern der Massenarbeitslosigkeit befreit werden durch weitgehende Übertragung der Lasten auf das Reich und durch Ausbau der Arbeitslosenversicherung. Es ist heute zwingender als je erforderlich, daß auch alle Beamten und Angestellten entsprechend ihrer vollen Gehaltshöhe beitragsmäßig von der Arbeitslosenversicherung erfaßt werden.

Mit Nachdruck muß auch von den Gemeinden und Gemeindeverbänden verlangt werden, daß sie in eine erste Überprüfung ihrer sonstigen Ausgaben eintreten und daß dabei in erster Linie eine Verringerung der Spitzengehälter der leitenden Kommunalbeamten vorgenommen wird.

In der heutigen fürchterlichen Notzeit, in der Millionen von Volksgenossen sich im grauenvollsten Elend befinden, müssen alle weniger dringlichen und vor allem Dinge, die überflüssigen Ausgaben zurückgeführt werden im Interesse der elementarsten, sozialpolitischen Erfordernisse. Die öffentliche Fürsorge, die heute für Millionen von Menschen sozialer und moralischer Art bedeutet, darf nicht zerstört und auch nicht geschwächt werden.

Wir richten unseren eindringlichen Appell an alle maßgebenden und verantwortlichen Instanzen, daß sie Sorge zu tragen, daß dem Abbau der Sozialpolitik endlich Halt geboten wird, damit nicht der Millionen Volksgenossen die letzte Lebensmöglichkeit geraubt wird.“

**1. Bodersweier, 1. Sept.** Autounfall. Gestern abend ereignete sich in der unübersichtlichen Kurve bei der Mühle ein Autounfall, der noch glimpflich abgelaufen ist. Altbürgermeister Wund von hier war eben im Begriff, in ganzer Kurve mit seinem Fuhrwerk ein anderes Fuhrwerk zu überholen, als von rechts kommend ein Auto heranbraute. Trotzdem der Führer sofort stoppte, konnte er die Zusammenstoß nicht mehr verhindern und fuhr in das Geplänne hinein. Beide Pferde wurden verletzt, sowie die Deichsel abgebrochen. Das Auto erlitt geringen Schaden. Die Gendarmerie nahm den Tatbestand auf.

**Wantenloch.** Parteienoffen sowie sonstige Volksfreundler werden gebeten, bei ihren Einkäufen beim Aufträgen folgende Witzschöfen, in denen der Volksfreund auftritt zu berücksichtigen: „Zum Schwanen“, Parteilokal „Zum Bahnhof“, Lokal der Freien Turner sowie Goltshaus „Zum Lamm“, Spezereisgeschäft Hermann Herr, Hauptstraße, Reparaturwerkstätte Wilhelm Geis, Bahnhofstraße.

### Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Ein flaches Zwischenhoch hat uns heute Besserung des Wetters gebracht. Die Niederdruckgebiete haben inzwischen nachgelassen. Eine atlantische Zirkone ist jedoch schon über England herangezogen, so daß sich gegenwärtig eine Rinne tiefen Druckes mit mehreren Kerzen vom Ozean quer über Mitteleuropa nach Finnland erstreckt, an deren Südküste wir uns befinden. Das Wetter wird bei anhaltender Zufuhr leichter, jubtröpfischer Luft, daher im allgemeinen mäßig warm bis schwül bleiben. Die einzelnen in der genannten Tiefdruckrinne nach Osten wandernden Teilzirkone werden den veränderlichen Wettercharakter bei uns erhalten.

Wetterausichten für Donnerstag, den 3. September 1931: Wolfig, später auch Regen mit südwestlichen Winden, mäßig warm.



Leipziger Herbstmesse 1931

Die Fabnen der ausländischen Nationen auf der Leipziger Herbstmesse. — Die diesjährige Herbstmesse in Leipzig zeigt wiederum eine Fülle neuer, interessanter Erzeugnisse des In- und Auslandes.

**Gewinnauszug**

5. Klasse 37. Preussisch-Sächsischer Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr	Nachdruck verboten
Auf jede gegessene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer aus der Klasse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II	

19. Ziehungstag 31. August 1931

Da der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 59764	12 Gewinne zu 5000 M. 13 1563 1987 55708 109223 176559 320179
14 Gewinne zu 3000 M. 27742 41008 42352 126473 185618 308097	68 Gewinne zu 2000 M. 11023 61073 80516 100857 109623 117606
123239 131720 154305 159385 189776 219654 221368 24020 244302	30595 339394 341285 342502 348673 353508 360216 368573 389197
362411 370493 374838 377207 384281 387347 389483 391678 395358	64 Gewinne zu 1000 M. 5235 12776 23167 43904 46977 58820
261915 321973 335097 340122 342106 358556 377042 378558 380535	77476 90168 101289 101878 109809 110236 112273 147481 176765
371031 388874 397041 398711 391228	17450 180890 191042 210529 216457 220308 223512 228697 239727
196 Gewinne zu 500 M. 285 2763 3988 9474 13842 14467 19785	24141 245209 248660 247855 261495 262388 276293 279337 280698
29240 29330 35489 37387 43488 43967 44278 48476 67054 69680	371031 388874 397041 398711 391228
61157 63108 63873 67261 68813 72847 77052 81684 83202 84772	106 Gewinne zu 200 M. 285 2763 3988 9474 13842 14467 19785
85473 86056 88664 92392 103195 104242 108955 109429 12185	29240 29330 35489 37387 43488 43967 44278 48476 67054 69680
123848 125785 130389 142381 147897 151178 162806 158869 160010	61157 63108 63873 67261 68813 72847 77052 81684 83202 84772
168822 168901 170472 171071 171338 174338 176995 180938 181379	85473 86056 88664 92392 103195 104242 108955 109429 12185
184374 190084 191496 192964 199780 200872 210738 215183 215781	123848 125785 130389 142381 147897 151178 162806 158869 160010
216344 228944 230217 230724 240284 246392 247124 247223 247434	168822 168901 170472 171071 171338 174338 176995 180938 181379
249234 254016 258977 259739 269527 278176 289648 307659 308629	184374 190084 191496 192964 199780 200872 210738 215183 215781
309699 316089 327058 330788 331309 332184 332268 337032 340685	216344 228944 230217 230724 240284 246392 247124 247223 247434
349475 352512 358962 358713 365494 37401 380775 388381	249234 254016 258977 259739 269527 278176 289648 307659 308629

Da der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 91659	12 Gewinne zu 5000 M. 13 1563 1987 55708 109223 176559 320179
14 Gewinne zu 3000 M. 27742 41008 42352 126473 185618 308097	68 Gewinne zu 2000 M. 11023 61073 80516 100857 109623 117606
123239 131720 154305 159385 189776 219654 221368 24020 244302	30595 339394 341285 342502 348673 353508 360216 368573 389197
362411 370493 374838 377207 384281 387347 389483 391678 395358	64 Gewinne zu 1000 M. 5235 12776 23167 43904 46977 58820
261915 321973 335097 340122 342106 358556 377042 378558 380535	77476 90168 101289 101878 109809 110236 112273 147481 176765
371031 388874 397041 398711 391228	17450 180890 191042 210529 216457 220308 223512 228697 239727
196 Gewinne zu 500 M. 285 2763 3988 9474 13842 14467 19785	24141 245209 248660 247855 261495 262388 276293 279337 280698
29240 29330 35489 37387 43488 43967 44278 48476 67054 69680	371031 388874 397041 398711 391228
61157 63108 63873 67261 68813 72847 77052 81684 83202 84772	106 Gewinne zu 200 M. 285 2763 3988 9474 13842 14467 19785
85473 86056 88664 92392 103195 104242 108955 109429 12185	29240 29330 35489 37387 43488 43967 44278 48476 67054 69680
123848 125785 130389 142381 147897 151178 162806 158869 160010	61157 63108 63873 67261 68813 72847 77052 81684 83202 84772
168822 168901 170472 171071 171338 174338 176995 180938 181379	85473 86056 88664 92392 103195 104242 108955 109429 12185
184374 190084 191496 192964 199780 200872 210738 215183 215781	123848 125785 130389 142381 147897 151178 162806 158869 160010
216344 228944 230217 230724 240284 246392 247124 247223 247434	168822 168901 170472 171071 171338 174338 176995 180938 181379
249234 254016 258977 259739 269527 278176 289648 307659 308629	184374 190084 191496 192964 199780 200872 210738 215183 215781
309699 316089 327058 330788 331309 332184 332268 337032 340685	216344 228944 230217 230724 240284 246392 247124 247223 247434
349475 352512 358962 358713 365494 37401 380775 388381	249234 254016 258977 259739 269527 278176 289648 307659 308629

Im Gewinnrabe verblieben: 2 Prämien zu je 50000, 2 Gewinne zu je 50000, 2 zu je 30000, 2 zu je 20000, 4 zu je 5000, 14 zu je 2500, 74 zu je 1000, 164 zu je 500, 354 zu je 300, 1016 zu je 200, 1982 zu je 100, 3132 zu je 50, 5568 zu je 400 Mark.

**Ein interessanter Brief des Kapitän Christmann vom Dornier-Kingstiff „Do. X“**

ging der Firma Dr. H. Bander zu. Es heißt darin:

„Sie waren so freundlich während meines Aufenthalts in Bräda eine Riste „Doaninell“ an Bord zu geben. Das Präparat hat mich während des gesamten Bräda-Rates außerordentlich Dienste getan und zur Verhütung der Belagung sehr beigetragen. Dafür unternehme ich die Versicherung, daß Sie die Riste „Doaninell“ an Bord zu geben.“

Doaninell, die bekannte Nierenreinigung aus Kalk, Milch, Eiern und Kaffee hat auch hier ausgezeichnete Leistungen zu vollbringen und sich sehr bewährt.“

# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

2. September.

1839 \*Bodenreform. Henry George. — 1872 Intern. Arbeiterkongress im Haag. — 1917 Admiral Scheer bestätigt zwei Todesurteile (4. 26. Aug.). — 1921 Privatbosent Eugen Dühring. — 1925 24. Internationaler Weltfriedenskongress in Paris. — 1928 Gewerkschaftskongress in Hamburg.

## „Hakenkreuz-Zahnpasta“

Warum soll es keine Hakenkreuz-Zahnpasta geben, wenn es Hitlerfahnen, Hitlerknäuel, Hitlerbier, Hitlerbrot und andere Dinge für die menschlichen Bedürfnisse gibt? Die Bspendemie in der Verherrlichung des tschechischen Anstreichers Adolf Hitler kennt ja keine Grenzen. Es ist noch gar nicht lange her, daß man Christus mit Hitler verglichen hat. Es ist klar, daß das Gehege, aus denen solche dritthämische Verse kommen, auch mit einer entsprechenden Zahnpasta behandelt werden muß. Geschäft ist nun einmal Geschäft. Die Hakenkreuzer, die aus einem Minderwertigkeitskomplex so rabiate Antilemten sind, suchen anscheinend, was geschäftlichen Spürsinn anlangt, in diesem Falle den verhassten Juden nicht nachzusetzen. Es wird eine Hakenkreuzzahnpasta angeboten. Der Fabrikant selbst ist Hakenkreuzler und firmiert „Ava-Vertrieb in Ulmenburg“ (Thüringen).

Eine Untersuchung dieser Hakenkreuz-Zahnpasta hat folgenden ergeben:

„Der Inhalt der uns eingesandten fast verbrauchten Tube haben wir untersucht und konnten dabei feststellen, daß es sich um eine fast schäumende, sogenannte Seifenzahncreme handelt, deren Pufferstoff ein kohlensäurehaltiges Wasser ist. Die Zahncreme enthält außer dem erheblichen Mengen Glycerin und ist mit einem Delicium parfümiert, das aus einem ganz minderwertigen Pfefferminzöl, Sternanisöl, wahrscheinlich auch Winterätheröl besteht und nach unserem Geschmack fast widerlich schmeckt. Die Tube ist eine innen und außen sehr schwach verzinte Bleitube. Der sehr dünne Innenbelag auf der Tubeninnenseite ist infolge des starken Seltenelementgehalts der Creme stellenweise chemisch zerstört worden, so daß die Zahncreme auf erheblichen Flächen der Tubeninnenseite mit dem Bleimantel in unmittelbare Berührung kommt. Auch die Verzahnung des Tubenbündelns (Verschluss) ist bestartig schwach und manach gelockert hat und an den Seiten früher schon nach kurzem Gebrauch durch die Finger abgegriffen wurde. Wenn man das Bündel einmal schraubt, entsetzt an den Fingern schwarzer Bleibelag. Die Tube entspricht bestimmt nicht den Vorschriften des Reichsgesundheitsamts über die Zulassung verzinnter Bleituben für Zahnpasten, da sie sowohl auf der Innenseite wie auf der Außenseite freitragende, durch Zinnablagerung nicht geschützte Flächen der Bleitube besitzt. Wir nehmen an, daß diese Zahnpasta in einer ganz kleinen Werkstatt hergestellt wird. Es wird wohl einige Zeit dauern, bis wir den Hersteller ermitteln werden.“

Diese famose Paste, die den Hakenkreuzmund von allen giftigen Bakterien reinigen soll, ist genau so schädlich für den menschlichen Gebrauch, wie die hakenkreuzerliche Politik. Vielleicht ist das ein Symptom. Alles, was das Hakenkreuzzeichen trägt, kann bei einer chemischen Untersuchung nicht bestehen.

## Der Stadtrat hat beschlossen

### Erstellung einer festen Rheinbrücke bei Magau

Der Stadtrat nimmt von dem Stand des landespolitischen Verkehrs Kenntnis und stimmt dem von der Reichsbahndirektion Karlsruhe im Einvernehmen mit den übrigen Beteiligten aufgestellten Projekt zu.

### Gebührenpflichtiger Parkplatz auf dem Ludwigsplatz

Auf 1. November 1931 wird die Gebührenpflicht für den Kraftwagenparkplatz bei der Ufer auf dem Ludwigsplatz wieder aufgehoben.

### Vorgärten in der Nebenstraße

Der Anlage von Vorgärten auf der nördlichen Seite der Nebenstraße zwischen Wilhelm- und Ruppurter Straße und einer entsprechenden Vereinbarung mit den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke wird zugestimmt.

## Schwerer Arbeitsunfall

Am Dienstag nachmittags stürzte ein 24 Jahre alter Flechener von hier vom Dache des Hauses Ariensstraße 182, wo er einen neuen Dachstuhl anbringen wollte, aus einer Höhe von 9 Metern ab und schlug mit dem Kopf auf den betonierten Gartenweg an. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus verbracht, wo eine Gehirnerschütterung und ein Oberarmbruch festgestellt wurde. Es besteht Lebensgefahr. Die Ursache des Absturzes steht noch nicht einwandfrei fest.

## Das Badische Staatstechnikum im Sommer-Semester

Am 27. März 1931 wurde das 106. Studienhalbjahr der Anstalt mit 499 Studierenden eröffnet. Darunter befanden sich 86 Neueintretende. Die vier Abteilungen waren wie folgt besetzt: die Hochbauabteilung von 142, die Tiefbauabteilung von 63, die Maschinenbauabteilung von 129, die Elektrotechnische Abteilung von 128 Studierenden. An dem der Tiefbauabteilung angegliederten a) Vermessungstechnischen Lehrgang beteiligten sich 10, b) Kulturtechnischen Lehrgang 27 Studierende. Es wurden geführt: 4 Vorbereitungs-Klassen und 21 Fachklassen je ein Jahr.

Das Alter der Studierenden betrug im ganzen Durchschnitt (nach dem Stand zu Beginn des Studienhalbjahres) 22 Jahre. In den vier Abteilungen einzeln betrug das Durchschnittsalter in der oben genannten Reihenfolge der Abteilungen 21,9, 21,9, 22, 22,2 Jahre. Von den 499 Studierenden des Berichtshalbjahres waren ihrer Staatsangehörigkeit nach: Badener 411, Württemberger 25, Preußen 15, Bayern 11, Sächsen 8, Schweizer 2, Sachsen und Lötener je 1.

Die Dauer der praktischen Ausbildung stellte sich bei den Studierenden der Hochbau-, Tiefbau-, Maschinenbau- und Elektrotechnischen Abteilung im ganzen Durchschnitt auf 4,4 Jahre und bei diesen vier Abteilungen in der zuvor angegebenen Reihenfolge durchschnittlich auf 3,9, 4, 5,1, 4,5 Jahre.

Der Lehrkörper der Anstalt setzte sich im Berichtshalbjahr aus insgesamt 61 Mitarbeitern zusammen, einschließlich des durch Wahl bestimmten Direktors, und zwar aus 40 planmäßigen, 2 außerplanmäßigen, 1 vertraglich angestellter und 18 Hilfslehrern. Drei Abteilungen der Anstalt waren Unterrichtsstätten zugeordnet; ihre Zahl betrug sich im ganzen auf 6. Der Verwaltungsdienst wurde von einem Rechnungsrat, einer Kanzleisekretärin und einer

## Um die Erhaltung des Landestheaters

Zu diesem Thema hat Herr Chefredakteur C. Amend von der Karlsruher Zeitung kürzlich Ausführungen gemacht, die in manchen Einzelheiten beherzigenswert und zu billigen sind, in andern aber von der Auffassung des Proletariats und der proletarisch lebenden Bevölkerung so stark abweichen, daß sie nicht unüberprüft bleiben dürfen. So weit wie der Ortsverband der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger möchte ich jedoch nicht gehen, der den „Außenlebenden“ gemißtrauen den Mund verbieten möchte, und die Sanierung des Theaters den „Häuptern“ vorbehalten wissen will. Wer mitzureden darf, muß auch mitreden dürfen. Wir wollen doch nicht vergessen, daß die Subvention des Theaters auch auf den Schultern desjenigen Steuerzahlers lastet, der absoluter Theaterabstinent ist. Es handelt sich also durchaus um eine öffentliche Angelegenheit.

Was uns an dem Artikel des Herrn Amend zunächst bekümmert, ist der fälschlich verwendete Ausdruck „Defizit“, der beim Publikum von vornherein den Eindruck erweckt, als müsse ein Theater bei richtiger geschäftlicher und künstlerischer Leitung eigentlich keine Verluste selbst aufbringen. Das ist bei ausgereiften und geschulten Bühnen wie Theater, Schulen, Krankenhäusern, Gemäldegalerien und anderen Kulturinstitutionen niemals der Fall. Ein Kulturtheater rentiert sich nicht, und an der Höhe des gewöhnlichen Zuschusses kann der Zeitgenosse den Stand des Kulturwillens ablesen, den die Unterhaltungsbehörden für die Pflege der literarischen und musikalischen Güter aufbringen. In der Broschüre „Die Sendung der Volksbühne“ führt Ernst Moritz aus Breslau ein sehr reiches Beispiel an über die finanzielle Auswirkung eines Kulturplans und eines solchen, der bloß auf künstliche Unterhaltung eingestellt ist. Dort brachte Lesinas „Machan“ 2000 M ein, „Minna von Barnhelm“ 500 M. Dagegen ein Saisonplagiator wie „Dreimal Hochzeit“ erzielte eine Einnahme von 38 000 M! Wir leben, wie wenig Aussicht wir hätten, ein gehaltvolles modernes Problemstück oder einen begabten Künstler zu hören, wenn wir den Kasstentrappe zum dominierenden Faktor der Theaterpolitik machten.

Eine der Hauptursachen der Theaterkrise sieht Herr Amend in dem Mangel an demjenigen Idealismus, der die „Tausende und aber Tausende an die Stätte der Kunst treiben müßte“. Da scheint uns Herr Amend nicht ganz richtig beraten. Schon die Existenz des Volksbühnenverbandes mit seiner halben Million Mitglieder widerlegt den Vorwurf. In der breiten Masse des weniger gut finanzierten Volkes herrscht dieser Idealismus noch durchaus dort ist man noch richtig theaterbeglückt, ja theaternarrisch, und es erübrigt sich hier der Appell an den Idealismus, um eine dem Theater günstige Stimmung zu schaffen. Hier trifft man noch einen gesunden Bildungsbürger und ein Kunstbedürfnis, für deren Befriedigung der kleine Mann gerne einen Betrag auflegt, und wenn er ihn am Grunde absparen muß. Hier strömen die Tausende und aber Tausende, die Herr Amend vermisst, und die Frage dreht sich mehr darum, wie man den kunstfreundlichen Massen die Wege zum Theater ebnet.

Herr Amend plädiert für ein nach „kaufmännischen Gesichtspunkten“ geleitetes Theater. Eine verführerische Redensart, aus der der sparsame Bürger die Vermeidung jedes „Defizits“ und eine blühende Kasstengebarung herausliest. Vom kaufmännischen Genie erwartet Herr Amend alles Heil, und obwohl er die Zeitumstände wenig geeignet sind, das öffentliche Vertrauen in die besondere Genialität der Kaufherren zu stärken, ruft er nach dem Führer, will also das Theater der Privatwirtschaft in die Hände spielen. Der Geschäftsmann müßte die „Verantwortung für

das Ganze in finanzieller und künstlerischer Hinsicht tragen“. Diese Gleichung enthält mehrere Unbekannte. Es geben nämlich auch kaufmännisch geleitete Theater pleite, und was künstlerisch bei Amends Vorschlag herauskommt, das wissen wir: das übelste Amüfetheater. Zum Ueberflus macht der Kritiker auch gar kein Hehl aus dieser Absicht; er spricht davon, daß der Mensch heute mit ganz anderen Ansprüchen diejenigen Institute befaßt, die ihm Unterhaltung und Vergnügen erschöpfen sich für Herrn Amend die Funktion des Theaters.

Zu den Erfordernissen der dringenden Theaterreform zählt Herr Amend auch die völlige Umstellung des Repertoires auf „Quaträtigkeit“. Es ist nicht zu verkennen, daß Herr Amend mit vollen Sägeln auf das Lusttheater lossteuert. Der Spielplan gefällt ihm schon lange nicht. Wie er ihn sich denkt hat er u. a. einmal in der Besprechung eines Schwantes verraten (in Nr. 24, Jahrgang 1930 der Karlsruher Zeitung), wo er den Kunstgeschmack des Reichsbürgertums mit folgenden Worten verurteilt: „Die Erbauung stiftlicher und städtischer Kri, wie sie von den großen Dramen der Weltliteratur ausgeht (— ein immerhin beachtenswertes Geständnis! D. Berl.), wird eben von einem Teil des Publikums zur Zeit nicht so sehr geschätzt, wie die frühere Anregung und Ablenkung. Der Mensch, der seinen Geschäftsraum tiefbedrückten Sessens verläßt, legt gerne für eine harmlose Unterhaltungsmöglichkeit einen Betrag an, der ihm für die Aussicht auf neue seelische Erquickungen nicht so locher im Portemonnaie sitzt“. — Also: es tut uns leid, Herr von Goethe, Ihre Ware konzentriert nicht; hätten Sie uns gepfefferte Schwänze und andere „harmlose“ Unterhaltungsgüter geboten!

Wir möchten nicht, daß solche Anschauungen höheren Orts die Oberhand gewinnen. Für die Schicht der Arbeiter ist und bleibt das Theater eine Stätte der seelischen Aufrüttelung, der Erbauung, der Bildung. Hier erholt sich das ermüdete Volk von den Sorgen des Alltags, in den Personen der Bühne erkennt es real oder symbolisch sein eigenes Bild, es erlebt die Wucht menschlicher Schicksale, es nimmt teil an den höchsten Fragen der Menschheit, an den geistigen Kämpfen der Zeit. Es schaut in die Welt der vergangenen Epochen, auf deren Schultern wir stehen. Im Theater geht es also wirklich nicht nur um Unterhaltung und Vergnügen. „Brücke China“ ist so wenig eine Unterhaltung wie Hebbels Nibelungen und Vergnügen. „Die Bildung der Nation vollzieht sich auf dem Theater“, lautet Freilich von Stein in einer Zeit des Aufstiegs der Bürgertumsklasse. Er hatte recht, wir heutigen haben aber ebenfals recht, wenn wir uns dagegen auflehnen, daß das absteigende Bürgertum der Kunst ihr faches Gebrüll aufdrückt. Wir nehmen aus dem Theater seelische Werte mit, uns gibt das Theater noch etwas, das über platte Unterhaltung hinausgeht, wir wollen uns die Verabreichung von Kulturaltern durch das Theater nicht durch einen Geschäftsmacher verflummern lassen. In einem Geschäftstheater in Privat Händen haben wir nicht das leiseste Interesse. Das ist den Anhängern gesagt, die über das Schicksal des Theaters zu befinden haben. So wichtig Wagenfragen zu nehmen sind, das, was das Leben lebenswert macht, sind zuletzt doch die geistigen Güter. Unser Stadtoberhaupt steht nicht im Verdacht der Geringschätzung der Kunst als Bildungs- und Gefittungsfaktor. Möchte auch der Herr Staatspräsident Dr. Wittmann sich des schönen Wortes aus seiner Neujahrsrede erinnern: „Die Seele der Kultur ist die Kultur der Seele“.

## Unfall

Infolge Gabelbruchs stürzte gestern früh ein verarbeiteter Zement in der Nähe des Güterbahnhofes mit seinem Fahrrad zu Boden; er erlitt hierbei schwere Verletzungen im Gesicht, außerdem wurden ihm mehrere Zähne im Oberkiefer eingeschlagen.

(-) Neue deutsche Eckeramik. Trotz der Not der Zeit wird jetzt versucht, alte und schon lange nicht mehr angewendete Verfahren zur Herstellung von Eckeramik wieder neu anzuwenden. So stellt die Staatliche Majolika-Manufaktur in Karlsruhe jetzt echte Favencen her. Es handelt sich um keine durch Zinn getriebene Steingutglasuren, sondern um Favencen mit leuchtenden Farben, wie sie seit dem Aussterben dieses Fabrikationszweiges zu Beginn des vorigen Jahrhunderts wohl kaum mehr hergestellt wurden.

(-) Badisches Landestheater Karlsruhe. Durch Entgegenkommen der Reichsbahndirektion Karlsruhe wird in Zukunft den auswärtigen Theaterbesuchern eine Ermäßigung der Fahrkosten in der Form zugesprochen werden, daß sie auf Vorzeigen der Eintrittskarte oder eines Ausweises des Bad. Landestheaters auch Wittwochs für Sonntagsrückfahrkarten fahren können. Um den auswärtigen Mietern diese neue Vergünstigung in voller Höhe zuteil werden zu lassen, hat sich die Generaldirektion des Bad. Landestheaters entschlossen, die Mietvorstellungen für Auswärtige, für die bisher der Donnerstag vorzusehen war, jeweils auf Mittwoch zu verlegen unter der Bezeichnung „Klassikette A“. Die Vorstellungen an diesen Tagen werden wie bisher so zeitig beginnen, daß der Schluss um 22.15 Uhr gesichert ist, so daß für die auswärtigen Besucher die Möglichkeit besteht, noch rechtzeitig die letzten Bänke zu erreichen. Diese Maßnahme dürfte von vielen Freunden des Theaters sehr begrüßt werden. Im übrigen wird auf die Bekanntmachung im Inzeratenteil verwiesen.

(-) Die Badische Landesbibliothek, Friedrichsplatz, die wegen der Hauptreinigung geschlossen war, ist wieder geöffnet: Das Leseszimmer von 11—1 (13) Uhr, für Rückgabe auch von 3—4 (15—16) Uhr; der Lesesaal von 10—1 (13) und 3—7 (15—19) Uhr, Sonntags auch von 11—1 (13) Uhr. Die Landesbibliothek ist für Erwachsene, die sich genügend ausweisen können, kostenlos zugänglich. Sie enthält die auf Baden bezüglichen Schriften vollständig und die allgemein-wissenschaftlichen Schriften in Auswahl. Zu wissenschaftlichen Zwecken vermittelt sie im sog. Leihverehr Bücher aus anderen Bibliotheken. Sie umfasst jetzt 297 002 Bände Druckschriften, Karten, Zeitungen und Musikalien, 4915 Handschriften und die Blindenschrift von 250 Bänden. Sie verwaltet die Bibliothek des Bachvereins, des Vereins der Finanzbeamten, des Tischschwamvereins und die Tocchomische Bibliothek des Bad. Frauenvereins.

(-) Sommeropere in Städtischen Konzerthaus. Die mit großem Beifall aufgenommene Operette „Poppina“ von Robert Stolz wird heute abend in der bisherigen Besetzung wiederholt. Die Vorstellung beginnt 20 Uhr.

## Wasserstand des Rheins

Hofel 180; Waldsbut 268; Schusterinsel 250, gef. 2; Rehl 392, gef. 7; Magau 593, gef. 6; Mannheim 531, gef. 7 Zentimeter.

Kanzleisekretär verleben. An handwerksmäßig vorgebildetem Personal sind außerdem tätig: 1 Technischer Sekretär in der elektrotechnischen Maschinenlaboratoriumswerkstätte, 1 Maschinist und 1 Feinmechaniker in der Versuchswerkstätte-Hochfrequenz und in der Zentralheizung. Den Amtsgehilfenstand verleben: 1 Hausmeister, 1 Laborant, 1 Oberwachtmeister, 1 Wachtmeister.

## Die „braven“ Nazis

### Sie finden immer milde Richter

Im Wege erschwerner Körperverletzung standen der 37 Jahre alte verheiratete Hilfsarbeiter Johann Artus von hier und der 29 Jahre alte ledige Metzger Karl Belle aus Karlsruhe-Beiertheim vor dem Einzelrichter beim Amtsgericht (Gerichtsschloß Hörsbühlern). Nach der Anklage waren sie am 5. Juni, nachts gegen 12 Uhr, auf der Ariensstraße beim alten Bahnhof mit Andersbekannten aneinandergeraten und hatten dabei auf den Arbeiter Erwin Gagel eingeschlagen und ihn mit Fäusten getreten, so daß dieser am Kopf eine fünf Zentimeter lange Rißwunde und blutunterlaufene Stellen davontrug. Sie gaben an, sie hätten an jenem Abend gehört, daß bei der Wirkkraft von Marx für nationalsozialistischen Parteifreunde von Kommunisten eingeschlossen worden wären und hätten ihnen zu Hilfe eilen wollen. Beide bestritten, Gagel niedergeschlagen zu haben. Durch die Beweisaufnahme erlangte das Gericht die Ueberzeugung, daß sich die Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig gemacht haben und erkannte auf je 60 Mark Geldstrafe. (1)

Zwei Urteile: 1. Ein Kommunist, bei dem ein Gummiknüppel gefunden wird, ohne daß er damit irgendwo jemanden körperlich schädigte, bekommt ein Vierteljahr Gefängnis aufgebremmt. 2. Zwei Nazis, die, wie obige Verhandlung ergeben hat, auf einen Menschen einschlugen und ihn körperlich schwer schädigten, erlanken je 60 Mark Geldstrafe. Ja, ja, unsere Gerechtigkeitsprediger!

## Die Polizei berichtet:

### Verkehrsunfälle

Gestern vormittags kam am Marktplatz ein Motorradfahrer infolge des raschen Abfalls zu Fall. Er zog sich eine Rißwunde an der Stirne zu und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

### Ein rabiaten Gast

Als gestern nachmittags in einer Wirtschaft in der Altstadt die Kellnerin von einem Gast die Bezahlung seiner Zechen verlangte, schlug dieser der Kellnerin mit einem Bierglas auf den Kopf, so daß sie eine blühende Wunde davontrug. Die Polizei nahm den Täter in Gewahrsam.

